

PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

— Nachdruck verboten —

Man bezieht vom
Buchhandel, von der Post und
direkt vom Verlage

Berlin, den 7. Dezember 1921.

In Groß-Deutschland:
für 20.— M. vierteljährlich,
M. 75.— für das Jahr.
Im Ausland: für 60.— u. 200.— M.

Sturmtage.

Niemand vermag zu sagen, ob die vergangene Börsewoche bereits den Umschwung für das Börsengeschäft und für die deutsche Wirtschaft im allgemeinen bedeutet. Daß der Dollar und die übrigen Devisenkurse nach dem letzten Sturz noch hin- und herschwanken, ist selbstverständlich. Das kann ebenfогut Stabilisierung bedeuten, wie es Vorbote weiteren Sinkens oder neuen Wiederaufstiegs zu sein vermag. Wohin der Weg in der nächsten Zeit geht, wird in erster Linie von dem Ergebnis abhängen, das die Verhandlungen in der Reparationsfrage mit dem Ausland bringen werden. Auch diese Resultate können im Augenblick nicht vorausgesagt werden. Immerhin hin kann es nicht ganz ohne Bedeutung sein, daß Stinnes von Lloyd George nach England eingeladen worden ist, und zwei Tage auf seinem Landgut gewohnt hat. Und daß Walther Rathenau nach ihm während seines Aufenthaltes in London mit den bedeutendsten Finanzleuten der City und vor allem mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Bank von England Rücksprache nehmen konnte. Beide — Hugo Stinnes und Walther Rathenau — sind als Privatleute ohne Anregung und ohne Auftrag der deutschen Regierung nach England gezogen. Und trotzdem werden ihre Eindrücke und vielleicht auch ihre Erfolge nicht ohne Be-

deutung für die Weiterentwicklung der Verhältnisse in Deutschland bleiben. Bis zu einem gewissen Grade hat die Reise von Stinnes solche Erfolge schon gezeitigt. Die Rede des volksparteilichen Führers Dr. Stresemann auf dem Stuttgarter Parteitag klang so, als ob er für einen gegen den extremen rechten Flügel seiner Partei und seiner Fraktion zu führenden Kampf Stinnes hinter sich zu haben glaubte. Und tatsächlich ist nach allem, was man bisher gehört hat, der temperamentvolle Industriemagnat mit dem Eindruck aus London zurückgekehrt, daß nichts falscher wäre, als im Augenblick den Reichskanzler Dr. Wirth zu stürzen, zu dem auch die englischen Finanz- und Industriekreise Vertrauen haben. Das bedeutet natürlich angesichts der bisherigen Schwankungen der Deutschen Volkspartei und eines großen Teils der deutschen Industrie eine außerordentliche Befestigung der innerdeutschen Lage und eine Verbreiterung der Vertrauensbasis. Von noch größerer Bedeutung kann unter Umständen die Einwirkung der Rathenauschen Reise werden, denn es scheint ziemlich sicher, daß von dem Eindruck, den Rathenau in London gewinnt, die Entscheidung darüber abhängen wird, ob er von der Politik dauernd Abschied nimmt, oder mit oder ohne Zu-

Zustimmung seiner Partei in das Kabinett Wirth zurückkehrt.

Erst wenn also eine Lösung der Reparationsfrage, insbesondere aber das Problem eines umfangreichen Auslandskredites vorliegt, wird sich bestimmen lassen, ob mit einer, wenn auch vielleicht erst langsamen, so doch stetigen Besserung der deutschen Valutaverhältnisse gerechnet werden kann. Aber die etwas turbulenten Ereignisse der letzten Woche haben für den Fall einer solchen Besserung jetzt schon gewisse Einblicke gewährt, die wertvoll sind, und aus denen man lernen soll. Zunächst hat sich aus ihnen die Berechtigung der Annahme erwiesen, daß die exzessive Entwertung des deutschen Geldes im Ausland gegenüber dem höheren Nutzwert im Inland wesentlich auf Einwirkung der Spekulation zurückzuführen ist. Darüber kann gar kein Zweifel mehr sein, denn an den tatsächlichen Verhältnissen, die für die Beurteilung des Geldwertes wichtig sind, hatte sich in den letzten Wochen gar nichts geändert. Die deutsche Zahlung und vor allem die deutsche Warenhandelsbilanz war nach wie vor in hohem Maße passiv, sie hatte sich gerade nach den letzten Ausweisen noch erheblich verschlechtert. Und im Inneren war der Berg der Schabanweisungen von Dekade zu Dekade weiter angeschwollen. All das bot keiner günstigen Prognose, eher dagegen der Einsicht eine Stütze, daß die Lage auf die Länge der Zeit sich noch weiter verschlechtern müßte. Eine Besserung war allenfalls zu erwarten, wenn aus einer ausländischen Kreditoperation heraus, wenigstens für den augenblicklichen Reparationsbedarf der deutschen Wirtschaft eine Erleichterung stattfand. Nun war nicht etwa in der letzten Woche eine solche Kreditoperation perfekt geworden, sondern ihre Möglichkeit tauchte als kaum wahrzunehmender Schatten an einem ganz fernen Horizonte auf. Und der Erfolg dieser fernen und unklaren Aussicht: Der Dollar stürzte in drei Tagen von fast 300 auf 180. Einen deutlicheren Beweis dafür gibt es gar nicht, daß bei der vorangegangenen Steigung in allerstärkstem Maße die Spekulation beteiligt war.

Man könnte vielleicht im Zweifel darüber sein, ob es sich hier im wesentlichen um deutsche Spekulanten oder die Spekulation im Ausland gehandelt habe. Von vornherein liegt die größere Wahrscheinlichkeit dafür vor, daß Deutschland à la Hausse in fremden Devisen, aber das Aus-

land à la Baisse in der Mark spekuliert habe. In New York notierte zuletzt die Mark etwa $\frac{1}{3}$ Cent und vor dem letzten großen Sturz pendelte sie etwa um einen Cent herum. Man vergleiche diese Notierung etwa mit der Notiz von 1 $\frac{3}{4}$ M. für 100 polnische Mark, wie sie eine Zeitlang in Berlin als niedrigster Kurs existierte. Wenn wäre es da eingefallen, Baisseengagements in polnischer Mark einzugehen, und so sind denn auch die niedrigen Kurse der deutschen Mark in Amerika, England, Skandinavien und in der Schweiz von Millionen kleiner und kleinster Spekulanten dazu benutzt worden, eine Spekulation einzugehen, die zwar unbefannte Chancen, aber doch ein sicher bekanntes, eng begrenztes Risiko hat. Allerdings haben solche Hauffepositionen der ausländischen Kleinspekulation schon bei viel höheren Kursen der deutschen Mark bestanden, denn im Ausland war von jeher im Gegensatz zu den pessimistischen Auffassungen im Inland eine sehr hoffnungsfreudige Stimmung für die Zukunft der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen verbreitet. Und es ist natürlich auch gar nicht ausgeschlossen, daß zu einer gewissen Zeit in diesen Kreisen sich eine gewisse Enttäuschung geltend gemacht hat, die in Verkäufen zum Ausdruck kam, und somit in bestimmten Augenblicken das Marktangebot an den Auslandsbörsen noch verschärfte. Andererseits aber ist zu beachten, daß gerade diese ausländischen Markbesitzer schon früher dazu übergegangen waren, deutsche Börsenpapiere in großen Massen zu kaufen, und daß die Kurssteigerung dieser Papiere vielfach ihren Verlust am Rückgang des Marktkurses wettmacht. Viel wahrscheinlicher ist daher, daß die treibende Kraft für die spekulativen Ausschreitungen in der Markbewertung in Deutschland zu suchen war. Und wer einigermaßen zu schätzen weiß, welche enormen Summen nicht nur in Devisen, sondern vornehmlich auch in ausländischen Noten in Oesterreich und in Deutschland aufgespeichert liegen, der wird gar keinen Zweifel daran hegen, daß die Furcht der Deutschen und Oesterreicher vor der Markentwertung und die Sucht aller Kapitalistenkreise, ihre Vermögen und Einkommen gegen die hohen Steuern zu sichern, das wirkliche Agens für das immer stärkere Hinauf-treiben der Devisenkurse in Deutschland und den Sturz der Mark in der gesamten Welt war. Die Probe auf die Richtigkeit dieses Exempels war die eigentümliche Wirkung angekünigter gesetzlicher

Maßnahmen gegen die Devisenspekulation. Es war doch immerhin interessant, daß im unmittelbaren Zusammenhang mit der Ankündigung des Gesetzes gegen die Devisenspekulation durch den Staatssekretär Hirsch im finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates zahlreiche Verkäufer an der Berliner Börse sich bemerkbar machten. Von allen aufmerksamen Beobachtern war gerade an jenen Tagen eine bemerkenswerte Unruhe unter den Besuchern der Berliner Wechselstuben zu konstatieren.

Im übrigen waren gewisse Großspekulantenkreise des Auslands und des Inlands an der Marktentwertung in den besonders stürmischen letzten Oktober- und ersten Novembertagen sicher nicht ganz unbeteiligt. Die Reparationskommission hatte schon etwa Ende Oktober der deutschen Regierung ihre Berliner Reise angekündigt. Anscheinend im Zusammenhang damit war wie eine Art Geheimtip die Prophezeiung ausgegeben worden, der 11. November (der erste Verhandlungstag der Reparationskommission in Berlin) werde einen Rückgang der Mark bringend. Tatsächlich ist auch am 9. November in Berlin die höchste Dollarnotierung erfolgt, es ist daher gar nicht ausgeschlossen, daß internationale Finanzkreise in Kenntnis der Dinge, die kamen, die Markbaisse künstlich unterstützten, um bei dem folgenden Umschwung sich mit erheblichem Nutzen einzudecken.

Aber wie die Dinge auch im einzelnen gelegen haben mögen, die kurze Episode des starken Marksturzes bewies bereits, was einmal zu erwarten steht, wenn irgendeine Kredithilfe für Deutschland aus einer nebelhaften Fernerscheinung noch nicht einmal zur Wirklichkeit, sondern bloß zu ernster Wahrscheinlichkeit wird. Dann werden die Hamsterer, die Mark- und die Steuerpflichtigen von Tag zu Tag mit größerer Hast aus ihren Schlupfwinkeln hervorkriechen und dann werden wir sehr bald das Schauspiel erleben, daß die Auslandsbewertung der Mark sich sehr schnell ihrer inländischen Kaufkraft nähern, wenn nicht gar durch die eifertige Angst der Spekulation dahinter zurückbleiben wird. Dann wird übrigens auch mit einem Schlage die Sorge der deutschen Regierung beseitigt sein, die versteckten Kapitalien zu erfassen. Es gibt nämlich nur ein großes Mittel, was sich auch die Entente sagen sollte, die im Ausland versteckten Kapitalien zurückzutreiben. Empfindliche Verluste der Ka-

pitalisten durch Aufbesserung der deutschen Währung.

Die kurze Episode der schnellen Besserung der Mark hat uns ferner einen tiefen Einblick in die wirtschaftlichen Zustände gewährt, die wir einmal erleben, wenn diese Besserung sich zu einem Dauerzustand entwickeln wird. Die Kursstürze an der Börse (man braucht nicht nur an Sarotti-Aktien zu denken) haben Millionen-Verluste, namentlich der kleinen Spekulanten, zur Folge gehabt, die es für ein Naturrecht hielten, von täglichen Börsengewinnen nobel zu leben. Viele dieser Kleinspekulanten waren nicht in der Lage, ihre Kreditengagements durchzuhalten, weil die Wechselstuben der Banken sehr rigoros exekutierten. Diese Exekutionen werden sich natürlich fortsetzen, sobald die Devisenkurse wieder einmal Neigung nach abwärts zeigen. Eine Menge Menschen, die über Nacht, wenn auch nicht zu reichen Leuten, so doch zu gewinnreichen Leuten geworden waren, sind sehr schnell wieder in das frühere Dunkel zurückgekehrt, und man erzählt sich in Berlin, daß gegen das Ende der vorigen Woche so viel Automobile zum Verkauf angeboten wurden, wie kaum während des letzten Jahres insgesamt zum Verkauf zu bekommen waren. Und selbst die Berliner Autodroschen klagten über einen Rückgang ihrer Inanspruchnahme und ihrer Einnahmen. Viel schlimmer aber war, daß der kurze Börsensturm genügt hatte, eine Reihe von Berliner Bankfirmen ins Wanken zu bringen. Unter den Firmen, über deren Stützung in den Direktionskabinetten der Banken beraten werden mußte, befanden sich nicht etwa bloß neugegründete junge, sondern auch solche Firmen, die auf eine lange und große Vergangenheit zurückblicken haben.

Nimmt man zu alledem die ernsten Sorgen, von denen alle Besitzer von Waren in jenen Tagen beschlichen wurden (das Geschäft in den großen Berliner Spezialhändlern war plötzlich wie abgesehen), so ergibt sich als Lehre dieser Sturmtage, daß der Weg zur endgültigen Sanierung, wenn wir ihn endlich einmal dauernd beschreiten werden, durch eine schwere wirtschaftliche Krisis hindurchführt. Diese Krisis wird um so schwieriger, heftiger und länger werden, je sprunghafter sich der Rückgang der fremden Devisen und die Besserung der Mark bis zu jenem Punkt vollziehen wird, wo die Stabilisierung möglich ist.

Filmgeschäft.

V. Das geistig-kulturelle Element.

Von

Dr. Hans Wollenberg.

Vier Aufsätze des „Plutus“ haben ein Bild zu geben versucht, nach welchen ökonomischen Gesetzen das Industrieprodukt „Film“ durch Arbeit und Kapital erzeugt, und wie es verwertet wird, um neue finanzielle Kräfte dem Film-Wirtschaftskörper zuzuführen. „Industrieprodukt?“ Die Bezeichnung lehnt; denn sie erweckt, den Film mit den Erzeugnissen anderer Gewerbe in Parallele setzend, eine unvollständige Vorstellung. Der Film ist — anders als Streichhölzer, Büchsenfleisch, Taschenuhren oder Schreibmaschinen — nicht nur eine technisch-zivilisatorische Angelegenheit; er ist — gleichviel, ob man ihn als rein künstlerische oder als kunstgewerbliche Schöpfung ansehen mag — auf jeden Fall ein Kulturfaktor allerersten Ranges. Zu seinen industriellen und kommerziellen Belangen kann man nur dann ein Verhältnis gewinnen, wenn man seine kulturellen Wesenszüge mit ihnen in eine Verbindung bringt. In die Beziehungen zwischen den geistigen und den wirtschaftlichen Fragen des Films sei, soweit es der enge Rahmen eines Aufsatzes gestattet, heute hineingeleuchtet.

Derselbe Pionier der Filmindustrie, der schon vor 20 Jahren das Kino als die Schule, die Zeitung und das Theater der Zukunft bezeichnet hat, Charles Pathé, wies vor einiger Zeit in einem Artikel auf die Beobachtung hin, daß in ihren Außerlichkeiten wie in ihrer inneren Entwicklung die französische Jugend durch die seit drei bis vier Jahren überwiegende Beherrschung des französischen Kinos durch amerikanische Filme unverkennbar beeinflusst worden sei. Gibt es einen besseren Beweis als diese unzweifelhaft richtige Beobachtung für die Behauptung, daß das Filmgeschäft nicht ohne kulturpolitische Gesichtspunkte betrachtet werden darf?

Man sehe sich amerikanische Filme, vom Qualitätszeugnis für den Lustspielpalast am Broadway bis zum Massenprodukt für den Vorstadtkintopp, an: Ein Zug ist ihnen gemeinsam, in dem ebenso sehr das Gepräge angelsächsischer Kultur und Ethik wie der grundlegende Unterschied zum deutschen Film ausgebrückt ist. Ihre innere Tendenz ist durchweg der Kampf zwischen Gut und Böse — beide Prinzipien zu photographischer Sinnfälligkeit ausgeprägt — ein Kampf, von dessen Ausgange die anglo-amerikanische Moral verlangt, daß er mit dem restlosen Sieg des Guten ende. Ein kluger englischer Publizist sagte erst unlängst in einer Unterredung mit deutschen Fachleuten, man liebe in seiner Heimat das (typisch deutsche) „strenge Drama“ nicht, man wolle das Kino „erheitert“ verlassen. Er hat mit dieser Bemerkung

ins Schwarze getroffen. Auf einer Jahrhunderte alten literarischen und Bühnentradition, die an der gesamten Bevölkerung nicht spurlos vorübergegangen, ist der deutsche Film erwachsen, und auch noch in seiner kitschigsten Verkörperung kann er diesen Einfluß nicht verleugnen. Das Verständnis, die Liebe für die erschütternde Schönheit des Tragischen trennt uns von der naiv-elementaren Filmmoral der neuen Welt, gibt auch der Mehrzahl der deutschen Filme ihr charakteristisches Gepräge.

Damit entsteht — nun wieder kommerziell betrachtet — die Frage: Tut die deutsche Filmfabrikation gut, jene Eigenart im Hinblick auf das für sie wirtschaftlich notwendige Auslandsgeschäft auszumergen? Soll sie, unter Aufgabe ihres eigentlichsten Charakteristikums, die dramatischen Gesetze des amerikanischen Films übernehmen, um auf den von ihm geistig seit Jahren beeinflussten Absatzmärkten in Konkurrenz treten zu können? Auf diese Frage gibt es — nicht bloß vom Standpunkt der Nationalkultur — nur ein Nein. Das Kino, letzten Endes eine Stätte der Unterhaltung, beruht, als lukrativ betriebenes Gewerbe, auf dem Abwechslungsreichtum seines Programms. In der Monotonie amerikanischer Lichtspielprodukte eine andere Note aufklingen zu lassen, muß für den deutschen Film gerade auch kaufmännisch wichtig sein. Nicht darin besteht die internationale Aufgabe des Film-Welthandels, nationale Erzeugnisse zu nivellieren, sondern Spitzenleistungen trotz oder wegen ihrer ausgeprägten Eigenart von Land zu Land auszutauschen.

Man mag es, in kühner Parallele, als das biogenetische Gesetz des Films ansprechen, daß das gleiche Prinzip, wie für die Gesamtproduktion der verschiedenen Länder, ebenso auch für den Einzelfilm innerhalb einer nationalen Produktion gilt. Auch hier offenbart sich ein starker Nachahmungstrieb, der ganz gewiß dem Filmgeschäft ebenso unzutraglich ist wie der Filmkunst. Ist in irgendeiner Richtung ein guter Wurf gelungen, so wird sofort für die betreffende Saison ein großer Teil des Marktes mit blassen Nachahmungen des betreffenden „Genres“ gefüllt. Man denke an die noch heute nicht ganz vererbte Flut der Rokoko- und Revolutionsfilme nach dem Reforderfolg der „Madame Dubarry“; man denke an die Seuche der indischen „Sujets“, alle nach dem Rezept „Lieblingssfrau des Maharadscha“, an die Woge abenteuerlich-humoristischer Reise-filme, die den Spuren des Mannes ohne Namen folgten und folgen. Welch unsagbare

Bekennung des Publikums liegt in der Annahme, daß, nachdem „Madame Dubarry“ gefallen hat, ein Dutzend weiterer Pseudo-Dubarrys das Publikum mit der gleichen Behimenz ins Lustspielhaus locken müßten!

Hier liegt der Blickpunkt, von dem aus man den geschäftlichen Rückgang des Kinogewerbes zu betrachten hat: Der Wahl des Stoffes wird oft nicht das Maß von Beachtung geschenkt, das das Bedürfnis des Publikums nach einem wirklich abwechslungsreichen Lichtspielprogramm notwendig macht.

Freilich, einem in Laienkreisen verbreiteten Irrtum sei hier gleich von vornherein entgegengetreten: Es kommt nicht so sehr auf die nackte Satbestandsidee, nicht so sehr auf die Neuartigkeit des Handlungseinfalls als auf seine filmdramatische Bearbeitung und die damit verbundene, aus optischem Empfinden geborene Fülle von Detail-einfällen an. Nicht selten hört man: Die Filmindustrie müsse eines Tages zwangsläufig daran zugrunde gehen, daß einfach alle verfilmungsfähigen Möglichkeiten aus dem Leben, der Historie, der Phantasie erschöpft seien. Wie gesagt, ein fundamentaler Irrtum! Denn ein und derselbe Vorwurf kann Hunderte von Malen durch die immer wieder neue Art seiner Aufbereitung ein jeweils anderes, eigentümliches Gesicht erhalten. Die Auswahl des zu verfilmenden Manuskripts, die Beurteilung seiner „Stärke“ und dementsprechend der Gelbinvestitionen, die es „trägt“, steht nur dem wirklich durch und durch erfahrenen Fachmann zu, und die meisten geschäftlichen Fehlschläge auf dem Gebiete der Filmindustrie sind darauf zurückzuführen, daß entweder der Manuskriptfrage überhaupt nicht diejenige Bedeutung beigemessen wurde, die ihr zukommt, oder daß ihre Lösung in ungeeigneten Händen lag.

Ist das Manuskript zwar die wesentlichste Voraussetzung für den Akt der Filmherstellung, so wird man dennoch, im Gegensatz zu mancherlei gegenteiligen Ansichten, nicht seinen Verfasser, sondern den Filmregisseur als den eigentlichen Schöpfer des Filmwerks anzusprechen haben. Es würde den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung tragen, wollte man Filmautor und Filmregisseur in das gleiche Verhältnis setzen wie Dramatiker und Bühnenregisseur, Komponisten und Dirigenten. Der Film ist und bleibt eine visuelle, auf optische Gesetze gestellte Schöpfung; gerade seine Stimmungs-, seine künstlerischen Werte liegen im Bildhaften und im Film-darstellerischen, mag es Einzel-, mag es Massen-spiel sein; so ist hier das *mettre en scène* nicht Reproduktions-, sondern eigentlicher Schöpfungsakt, der Spielleiter nicht Interpret, sondern ursprünglicher Schöpfer, das Manuskript dagegen ein, wenn auch höchst bedeutsames, Hilfsmittel. Man muß es aussprechen, daß die deutsche Filmindustrie an fähigen Regisseuren reicher ist denn an Film-autoren. Vielleicht würde eine sich auch materiell

ausdrückende Höherbewertung des Manuskripts hierin einen Wandel anbahnen.

Was die Darstellung betrifft, so darf man von einem beachtlichen Durchschnittsniveau des deutschen Films sprechen. Hier ist zweierlei zu betonen. Der Film ist und bleibt lebende Photographie, also Bild, und das menschliche Auge verlangt Schönes zu sehen. Andererseits soll er ein wie zufällig von der Kamera belauschtes Stück Leben geben; er erfordert also nicht starre Posier-schönheit, sondern stellt den Darsteller vor die Aufgabe, innerlich durchpulste Menschlichkeit mit den technischen Mitteln der „stummen Kunst“ vorzutäuschen. Wo Vorzüge und Mängel beim deutschen Film liegen, lehrt wieder einmal ein Seitenblick auf den amerikanischen. Zweifellos verdankt dieser seine Hegemonie auf dem Weltmarkt den jungen, schönen, elastischen Frauengestalten, die auch der sonst minderwertigste „Schlager“ zu Gesicht bringt; doch selbst bei amerikanischen Künstlerinnen von Weltruf wirkt im eigentümlich Darstellerischen — ich spreche hier nicht von Kletter- und Reitkunststücken — ihr konventionelles Spiel erkältend. Ähnlich die männlichen Darsteller: schlanke, trainierte Menschen mit blitzenden Augen und Zähnen, gesunde Schönheit atmend, wirkliche Filmhelden statt der modischen Kleider-ständer, wie man sie hierzulande öfters im Film sieht; aber das ist auch alles: sie bogen, reiten, zeigen ihre Zähne, doch meist fehlt es, von Ausnahmen abgesehen, an irgendwelcher Individualisierung und Vertiefung des Spiels.

Das ernsteste Problem in der deutschen Film-darstellung ist die Nachwuchsfrage. Sicherlich gibt es schöne, auch auf dem Filmband wirkungsvolle Frauen genug; sicherlich schlummert auch in gar mancher die nötige darstellerische Fähigkeit, die durch die Hand eines tüchtigen Spielleiters zu wecken wäre. Aber das Risiko ist bei den heutigen Produktionskosten zu groß, um den Filmindustriellen nicht von Experimenten abzuschrecken. Die Hunderttausende wären verloren, wenn sich der junge, noch unerprobte und dem Publikum unbekannt „Star“ als Versager herausstellen sollte. So bleibt es denn dabei, daß im großen ganzen nur ein bestimmter, sich nicht wesentlich erneuernder Kreis das „Star“-Material liefert, und auch das dient ebensowenig zum geschäftlichen Frommen wie zur künstlerischen Entwicklung des Lichtspielwesens.

Diese knappe, keineswegs erschöpfende Übersicht über kulturelle, künstlerische und geistige Probleme der Kinematographie dürfte immerhin deutlich gezeigt haben, daß Filmindustrie und Filmgeschäft mit besonderen Maßstäben zu messen sind, daß sie einer individuellen Behandlung bedürfen ebenso seitens derer, die sie finanzieren, wie jener, deren behördlicher Obhut sie anvertraut ist. Es ist und bleibt eine Tatsache: In der Filmindustrie läßt sich mit einem wirklich guten Einfall und einem Kurbellasten unter Umständen mehr erreichen als mit einem Aktienkapital von 100 Millionen.

Reichs- oder Privatbahn.

Von

Emil Schiff,

Technisch-wirtschaftlicher Sachverständiger.

Der Verfasser hat in der von der Regierung veranlaßten Untersuchung der Eisenbahnfrage, die die Sozialisierungskommission führt, als ständiger Sachverständiger mitgearbeitet. Er stellt mir die folgenden Ausführungen zur Verfügung, die ich als wertvolles und vollständiges Material über die allgemeinen Fragen des öffentlichen oder privaten Betriebes, der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung, des öffentlichen oder privaten Lohnbetriebes und der notwendigen Verbesserungen der Reichsbahn gern veröffentliche.

G. B.

1.

Öffentlicher oder privater Betrieb?

1. Die Vorteile des Privatbetriebes sind Folgen freien Wettbewerbes. Freier Wettbewerb ist aber im allgemeinen bei den Unternehmen, für die öffentlicher Betrieb in Betracht kommt, aus rechtlichen Gründen (Wegebenutzung) oder wirtschaftlichen Gründen (Kapitalvergeudung, Unwirtschaftlichkeit des Betriebes bei Wettbewerb) ausgeschlossen. Öffentliche Betriebe sind daher niemals mit freien Wettbewerbsbetrieben, sondern nur mit Konzessionsbetrieben zu vergleichen. Dies gilt auch für gemischtwirtschaftliche Unternehmen; auch diese oder ähnliche Wirtschaftsformen (Lebenswirtschaft) bedürfen der Konzession.

2. Auf die Bindung durch Konzessionsgesetze oder Konzessionsverträge kann beim privaten oder halbprivaten Betrieb öffentlicher Unternehmen keinesfalls verzichtet werden. Der Allgemeinbelang muß gegenüber dem Erwerbstreben des Privatunternehmers gewahrt werden. Sonst wäre die Allgemeinheit einem schrankenlosen Privatmonopol ausgesetzt.

3. Erster Zweck öffentlicher Unternehmen ist nicht Gelderwerb, sondern Förderung des Wohls der Bürger und der Volkswirtschaft.

4. Erster Belang öffentlicher Verkehrsunternehmen ist nicht Geldbelang, sondern ausreichende Befriedigung des Verkehrsbedarfes, Betriebssicherheit und Betriebsregelmäßigkeit.

5. Die Ausschaltung des Wettbewerbes, die Voranstellung anderer Notwendigkeiten vor den Geldbelang und die Betonung der Betriebsgleichmäßigkeit verursachen Bureaufatismus und Wirtschaftsmängel. Dies gilt unabhängig von der Frage, ob öffentlicher oder privater Betrieb vorliegt. Es bedarf daher in beiden Fällen besonderer Maßnahmen zum Ausgleich jener Mängel. Der Ausgleich ist nachweislich auch bei öffentlichen Betrieben möglich und vielfach gelungen. Umgekehrt zeigen tatsächlich auch viele private Konzessionsbetriebe die gleichen Mängel.

6. Konzessionsbetriebe — welcher Form immer — zeigen so viele besondere Mängel, daß etwa mit ihnen verbundene Vorteile weit überwogen werden.

7. Das freie Wirtschaftsunternehmen ist auf unbegrenzte Dauer abgestellt und arbeitet daher auf fortgesetzte Festigung und Verbesserung hin. Konzessionsunternehmen müssen befristet sein; sie stellen sich daher notwendig auf Herausholung möglichst großer Gewinne während der Konzessionsfrist ein. Dies bedeutet wirtschaftliche und technische Vernachlässigung der ferneren Zukunft. Gewöhnlichste Folge dieser Sachlage ist die Notwendigkeit für den Konzessionsgeber, die Konzession zu verlängern oder nach Rückwerb des Unternehmens so große Aufwendungen zu machen, daß der Ertrag für längere Zeit wesentlich sinkt (was wiederum zu falschen Urteilen über die Wirtschaftlichkeit öffentlichen und privaten Betriebes führt).

8. Bei Annäherung des Konzessionsablaufs werden insbesondere nicht nur Ausbau und Erneuerung, sondern wird oft selbst die Unterhaltung der Anlagen so vernachlässigt, daß diese durch ihre grundsätzliche Rückständigkeit und ihre technische Verfassung im grellsten Gegensatz zum Stande der Technik und zu den Gepflogenheiten guter Betriebe des freien Wettbewerbes stehen. Falsche Heimfallbedingungen verschärfen diese Sachlage.

9. Die Wirtschaftlichkeit von Konzessionsbetrieben ist im allgemeinen keineswegs günstiger als die Wirtschaftlichkeit vergleichbarer öffentlicher Betriebe, wenn kritisch verglichen wird.

10. Gründe, warum Konzessionsbetriebe teurer als öffentliche Betriebe wirtschaften, liegen zutage. Konzessionsbetriebe sind bei uns meist nicht Selbstzweckunternehmen, sondern von Bauunternehmen geschaffene und beherrschte Tochterbetriebe, die verpflichtet sind, alle Anlagen, Erneuerungen und Erweiterungen und vielen Betriebsbedarf von dem beherrschenden Unternehmen zu beziehen, sogar viele Lieferungen und Leistungen, die das beherrschende Unternehmen nicht selbst erzeugt. Für dieses Absatzmonopol bedingt sich überdies das beherrschende Unternehmen meist Monopoldpreise aus; es ist bekannt, daß Konzessionsunternehmen wichtigen laufenden Bedarf zum Teil um 40 v. H. teurer als gleichartige öffentliche Unternehmen beziehen. Außerdem bedingen sich die beherrschenden Unternehmen möglichst auch andere Vorgewinne und Sondergewinne aus: wertvollste Aktienbezugsrechte, Vergütungen für Verwaltung (wobei es sich mehr um Sicherung

der eigenen Belange, als um die Zwecke des abhängigen Unternehmens handelt, da die abhängigen Unternehmen eigene, ausreichend besetzte Verwaltungen haben), Entschädigungen für Planung, Gewinnanteile und ähnliches.

11. Die Vorabschöpfung großer Gewinne zugunsten von Bau- und Liefer-Unternehmen, die das Konzessionsunternehmen beherrschen, machen eine Gewinnbeteiligung des Konzessionärs leicht bedeutungslos und beeinflussen die Tarifgestaltung zum Schaden der Allgemeinheit.

12. Der Privatunternehmer ist nicht geneigt, den Betrieb nach allgemeinen Belangen zu regeln, wenn sein Gelderfolg darunter leidet.

13. Der Privatunternehmer setzt sich über die Kritik der Öffentlichkeit und der Parlamente, sobald er ein Monopol innehat, weit mehr hinweg als die öffentliche Verwaltung.

13a. Der Konzessionär besitzt viele Möglichkeiten, den Rückwerb eines Konzessionsunternehmens durch den Konzessionsinhaber zu verhindern oder wenigstens zu erschweren oder zu verteuern, und zwar nicht nur durch allgemeine Einflüsse, sondern auch durch die Art der Durchführung seiner Aufgabe, durch Verquickung des Unternehmens mit anderen Unternehmen oder durch Abhängigmachung des Betriebes von anderen Unternehmen.

14. Der ganze Widerstreit des öffentlichen und des privaten Belanges erfordert starke konzessionsmäßige Bindungen des Privatunternehmers. Diese Bindungen äußern sich in Genehmigungsvorbehalten, Einsichtsrechten, Aufsichtsrechten, Eingriffsrechten, Strafen und Konzessionsentziehung. Der öffentlichen Beeinflussung müssen im besonderen unterliegen: Unterhaltung, Erneuerung, Ausbau, Neubau, Einführung von Verbesserungen; Betriebsregelung (bei Bahnen: Fahrplan); Tarifgestaltung; finanzwirtschaftliche Organisation; soziale Organisation (Angestellten- und Arbeiterverhältnisse, Ruhestands- und sonstige Fürsorge).

15. Der Allgemeinheit muß ein erheblicher Anteil an den Erträgen von Konzessionsunternehmen als Gegenleistung für die — zumeist monopolistische — Verleihung öffentlicher Rechte an Privatunternehmer gesichert werden. Dies bedingt genaueste Vorschriften über Buchführung, Aufstellung des Abschusses, über die schwierigen Fragen der Abschreibung, Erneuerung, Tilgung und andere Punkte.

16. Der Allgemeinheit muß die Möglichkeit offengehalten werden, Eigentum und Betrieb eines Konzessionsunternehmens in die öffentliche Hand zurückzulegen. Diese Erwerbs- oder Heimfall-Frage ist mit sehr schwierigen Zustands- und Wertermittlungen verknüpft, und bedingt Festsetzungen, die allen jenen grundsätzlichen und Durchführungs-Schwierigkeiten gerecht werden sollen, die mit unstrittensten Begriffen, wie Anlagekapital, Selbstkosten, Ertrag, Reingewinn, Verzinsung, unechten und echten Rücklagen und anderen schwierigen Sonderfragen verbunden sind.

17. Die Notwendigkeit jahrzehntelanger Konzessionsfristen schließt große Gefahren wegen der Unvoraussehbarkeit der technischen und wirtschaftlichen Allgemeinentwicklung ein; somit können Maßnahmen, die im Augenblicke vorteilhaft erscheinen, später nachteilig wirken und große Lücken entstehen. Demgemäß ist auch die Frage der Konzessionsdauer, die auch von der Rücksicht auf eine lohnende Wirtschaftsdauer und ein harmonisches Verhältnis zu den Abschreibungs- und Tilgungs-Zeiträumen bestimmt wird, schwierig.

18. Alle diese Umstände haben zur Folge, daß die Konzessionsgesetzgebung Schwierigkeiten technischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Art einschließt, die kaum ausreichend zu überwinden sind. Es gibt bisher keine ausreichenden Lösungen und selbst kaum Einzelverträge konzessionswirtschaftlicher Art, die beide Teile dauernd befriedigen. Die Streitigkeiten aus Konzessionsverhältnissen sind demgemäß unzählige; ihre Entscheidung — sei es durch ordentliche, sei es durch Schiedsgerichte — ist aber ebenfalls meist sehr schwierig und oft unbefriedigend, weil es sich um Mischfragen technisch-wirtschaftlich-rechtlicher Art handelt und die Unvoraussehbarkeit der Entwicklung ins Gewicht fällt. Handelt es sich um eine Konzessionswirtschaft auf gesetzlicher Grundlage, so führt der Gegensatz des öffentlichen Belanges zum privaten Erwerbstreben erfahrungsmäßig zu einem dauernden Kampfe zwischen Gesetzgebung und Verwaltung auf der einen Seite und dem Unternehmertum auf der anderen Seite, woraus nicht nur große Kraftverluste, sondern auch übelste Erscheinungen politischer Verderbnis und wirtschaftlicher Abhängigkeit erwachsen.

II.

Die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung.

1. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, daß die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung — unbeschadet ihrer Anwendbarkeit in Einzelfällen, zumal als Übergangsform zum öffentlichen Betrieb — selbsttätig die Nachteile der rein privaten Konzessionswirtschaft beseitige. Dieser Irrtum ist deshalb besonders gefährlich, weil er die Wachsamkeit einschläfert und zu einer lässigeren und noch ungenügenderen Behandlung der Konzessionsbestimmungen führt.

2. Der dargelegte Widerstreit öffentlichen und privaten Belanges bei Konzessionsunternehmen kann auch in der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung nicht aufgehoben sein, weil das Privatunternehmertum zu einem wesentlichen Teile gelbbeteiligt, die Ursache also bestehen bleibt. Die Nachteile der Konzessionswirtschaft können also höchstens gemildert werden, bleiben aber grundsätzlich bestehen.

3. Es ist ein weiterer verhängnisvoller Irrtum, daß eine öffentliche Beteiligung einen entsprechenden tatsächlichen Einfluß sichere. Auch eine Stimmenmehrheit bedeutet keinen überwiegenden Einfluß des öffentlich-rechtlichen Teilhabers. Den maßgebenden Einfluß übt tatsächlich der private

Gesellschafter, weil er im wesentlichen Verwaltung und Betrieb führt und dem Einspruche des öffentlich-rechtlichen Gesellschafters, falls dieser hierzu überhaupt genug Sachkenntnis und Einblick hat, meist mit dem Hinweise, daß er bei Einmischung die Verantwortung nicht übernehmen könne, erfolgreich begegnen kann.

4. Sollte selbst der öffentlich-rechtliche Gesellschafter aus der Beteiligung einen größeren Geldgewinn ziehen als aus der Alleinbewirtschaftung, so wäre dies grundsätzlich kein Ausgleich für eine anderweitige Schädigung des Allgemeinbelanges.

5. Es ist nicht anzunehmen, daß der öffentlich-rechtliche Gesellschafter aus der Beteiligung einen besonders großen Ertrag zieht, denn der Hauptanteil des möglichen Ertrages wird in der Regel durch die Bau- und Lieferrechte und sonstigen Vorteile, die sich der privatrechtliche Gesellschafter auch bei der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung sichert, vorabgeschöpft.

6. Dem verhältnismäßig geringen Einfluß und Ertrag entspricht in der Regel keineswegs die Beteiligung am Wagnisse. Dem öffentlich-rechtlichen Gesellschafter wird vielmehr in der Regel die entschädigungslose Einbringung wertvollster Rechte, z. B. Wegerechte, zugemutet, und es werden ihm häufig Sonderlasten in Gestalt von Kapitalzinsen und Zinsgewährleistungen aufgebürdet. Außerdem muß er seinen Kredit in besonderem Umfang, meist ohne Sonderentschädigung, in den Dienst des Unternehmens, also auch des Privatbeteiligten, stellen, was in normalen Zeiten eine wesentliche Leistung bedeutet.

7. Um dem öffentlichen Teilhaber einigermaßen gleiche Rechte und Vorteile wie dem beteiligten Privatunternehmertum zu sichern, müßte demgemäß völlige Unabhängigkeit des beteiligten Privatkapitals und seiner Vertreter von dem interessierten Bau- und Lieferungs-Unternehmertum Voraussetzung sein. Mindestens aber müßte zugunsten der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung — und natürlich ebenso sehr bei rein privaten Konzessionsunternehmen — völlig freier Wettbewerb für jede Vergebung von Lieferungen und Leistungen gesichert und überhaupt jede einseitige Vorabschöpfung von Gewinnen verhindert sein. Vereinbarungen von Lieferanten, die auf Hochhaltung von Preisen abzielen, müßten also verboten werden. Preisvereinbarungen, die sich schlechtweg auf die Selbstkosten der Lieferer gründen, sind bekanntlich wegen der Strittigkeit dieses Begriffes, wegen der Umgehbarkeit und wegen des mangelnden Zwanges, die Selbstkosten niedrig zu halten — wo nicht des Anreizes, sie hoch zu gestalten —, unbrauchbar.

III.

Reichs- oder Privateisenbahn?

1. Vorteile des Privatbetriebes:

Größere Zugdichte und Schnelligkeit auf einigen wenigen Strecken, aber nur, wo ein Wettbewerb mehrerer Gesellschaften statthat, teilweise bessere

Zugausstattung (nicht aber gleichgute Bahnhöfe), teilweise raschere Einführung technischer Verbesserungen, aber nur, wo Wettbewerb mehrerer Gesellschaften vorhanden ist.

2. Nachteile des Privatbetriebes:

Unwirtschaftlicher Aufwand von Kapital und Betriebskosten, soweit Wettbewerb statthat;

Zersplitterung der Verwaltung;

höhere Bau- und Betriebskosten;

geringere Betriebssicherheit;

gelbliche Finanzspruchnahme des Staates, wo die Privatwirtschaft versagt (verlorene Bauzuschüsse, Zinsendienst, Wiederaufrichtung);

unstete und verworrene Tarifverhältnisse;

wilde Spekulation mit Konzessionen, Anteilen und Ländereien;

Bernachlässigung allgemeiner volkswirtschaftlicher Erfordernisse im Ausbau und in der Tarifgestaltung;

Begünstigung einzelner Verkehrsbeteiligter, Ausbeutung der großen Masse;

Mißbrauch der Eisenbahngewalt zur Unterdrückung von Unternehmen und Gewerben, deren Wettbewerb den privaten Beherrschern der Bahnen mißlieblich ist;

Druck der Eisenbahnkönige auf Gesetzgebung und Verwaltung (Vanderbilt, Fisk, Gould; Harriman beherrschte ein Drittel des ganzen Netzes der Vereinigten Staaten, seine Erkrankung war eine Börsenfatastrophe);

Mißbrauch der Enteignungsgewalt;

Unterdrückung anderer Verkehrsgelegenheiten;

Aufkauf und Brachlegung von Kanälen oder Umwandlung in Spekulationsland;

fortgesetzte schwere Kämpfe zwischen Gesetzgebung und Verwaltung auf der einen Seite und Bahnunternehmern auf der anderen Seite.

3. Vorteile des Staatsbetriebes.

Sparsamkeit beim Bau (Anlagekosten je Kilometer: Großbritannien 700 000 M., Frankreich 315 000 M., Deutschland 260 000 M.);

keine Begünstigung von Lieferanten;

Gleichheit und Gerechtigkeit der Beförderungsbedingungen, Tarifgerechtigkeit;

Anpassung der Tarife an volkswirtschaftliche Erfordernisse;

Vermeidung der Tarifüberspannung aus Erwerbsstreben;

größte Möglichkeit zentraler Verfügung zur Ausnutzung des rollenden Gutes;

große Möglichkeiten der Erschließung von Staateinnahmen (nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse und Anpassung der Tarife an die Geldentwertung);

Verfügung über die Bahnen im Kriegsfall und bei Aufrüden;

geringere Streifgefahr bei Staatsangestellten;
wesentlich größere Betriebsicherheit, weil diese, nicht
das Erwerbstreben erstes Betriebszweck
(Zahl der Verunglückten in Deutschland nur ein
Bruchteil der Vergleichsziffern für die Ver-
einigten Staaten usw.);
Berücksichtigung ärmerer und neuzuerwerbender Ge-
biete beim Bahnbau;
in normalen Zeiten geringere Kapitalzinskosten;

Öffentlichkeit der Eisenbahnpolitik und Wirtschafts-
führung (für Privatbahnländer fehlt zumeist selbst
die Statistik);
größere Möglichkeit zwischenstaatlicher Abmachungen;
planmäßigerer, gleichmäßigerer, stärkerer Ausbau des
Netzes (deutsche Zunahme an Strecke und Roll-
gut im Durchschnitt ein Mehrfaches gegenüber
Großbritannien und Frankreich);
billigere Tarife für Personen und Güter.

Revue der Presse.

In der Hochkonjunktur, die sich seit Kriegsende
regelmäßig an jeden Valutasturz anzuschließen
pflegte, liegen für die deutsche Wirtschaft schwere
Gefahren. Nicht nur deshalb, weil der innerliche
Kern jeder solchen Konjunktur die allmähliche Ver-
äußerung der Sachwerte ist, sondern besonders des-
halb, weil diese Konjunktur als abnorme Erscheinung
auch leicht dazu führt, die sonst üblichen Fortschritte
der wirtschaftlichen, insbesondere technischen Ent-
wicklung zurückzudrängen. Diese Zusammenhänge
beleuchtet Dr. Felix Pinner im „Berliner
Tageblatt“ (26. November) und weist in seinen
Ausführungen besonders auf den

Zwang zum technischen Fortschritt

hin, den die schwierigen Produktionsverhältnisse be-
sonders in der amerikanischen Industrie ausgeübt
haben. Er bezieht sich auf die Feststellung des
Abg. Dr. Hugo, daß die deutsche Wirtschaft nach
außen hin keineswegs so konkurrenzfähig sei, wie
es für den flüchtigen Beobachter der Fall sei. Der
technische und ökonomische Aufbau der amerikanischen
Industrie schalte nach dem Urteil großer deutscher
Industrieller, die sich in Amerika persönlich orien-
tiert haben, die deutsche Industrie ohne große
Schwierigkeiten aus. Diese Leistungsfähigkeit der
amerikanischen Industrie ist nicht deswegen zustande
gekommen, weil es der Industrie gut geht, weil
sie in der Lage ist, große Ueberschüsse zu erzielen,
und durch diese die technischen Verbesserungen zu
finanzieren, sondern umgekehrt gerade deswegen, weil
es der amerikanischen Industrie schlecht geht, weil
sie fürchten mußte, ihre Wettbewerbsfähigkeiten
vollends zu verlieren, wenn sie die Ungunst ihrer
wirtschaftlichen Bedingungen nicht durch technische
Mehrerleistungen ausgleichen würde. Die Schluß-
folgerungen, die für die deutsche Industrie gerade
in der heutigen Zeit der Katastrophenkonjunkturen
aus dieser Entwicklung gezogen werden müssen, zeigen
noch deutlicher, daß unter den jetzigen Verhältnissen
nicht mit einer starken technischen Vervollkommnung
der Industrie aus sich heraus gerechnet werden
kann. Dem widerspricht auch nicht die starke Kon-
zentrationbewegung, die nach dem Kriege einsetzte,
da eine ihrer wichtigsten Ursachen das Bestreben
war, sich anstatt neue Anlagen bauen zu

müssen, auf dem Wege des Anschlusses die Be-
nutzung bereits bestehender Anlagen
zu sichern. Dr. Pinner zieht aus diesen Ausführun-
gen den Schluß, daß höchstens von oben her, auf
dem Wege der Rationalisierung der Produktion,
ein Ausgleich gesucht werden könne. Eine zu weit-
gehende steuerliche Schonung der Industrie werde
gleichfalls nicht dazu angetan sein, ihre technische
Ausgestaltung sonderlich anzuregen. Auf den Weg
des technischen Fortschritts wird nur diejenige In-
dustrie gezwungen, die um ihre Wettbewerbsfähig-
keit, ja um ihr ganzes wirtschaftliches Dasein
kämpfen muß. — Die „Vossische Zeitung“
(25. November und 1. Dezember) beschäftigt sich
eingehend mit der

Deroute am Weltfrachtenmarkt.

Im Zusammenhang mit dem Einsetzen der Weltwirt-
schaftskrise hat sich am Schiffahrtsmarkt gleichfalls
eine Stockung bemerkbar gemacht, die nahezu zum
völligen Zusammenbruch geworden ist. Die Frachten-
sätze halten sich bis zu 50% unter den Friedens-
sätzen, obwohl die Mannschaftslöhne, die Hafens-
kosten und insbesondere die Preise für Bunker-
kosten auf ein Vielfaches der Vorkriegssätze ge-
stiegen sind. Die Bunkersätze absorbieren allein
mehr als die gesamten Epejen vor dem Kriege be-
tragen. Dabei ist man in internationalen Schiff-
fahrtskreisen der Ansicht, daß der Tiefstand am
Weltfrachtenmarkt noch lange nicht erreicht
ist. Die Schiffzeigner kommen nach und nach zu
der Ueberzeugung, daß die einzige Möglichkeit einer
Besserung dadurch gegeben ist, daß ein großer Teil
der zur Zeit am Weltmarkt schwimmenden Tonnage
völlig aus dem Verkehr gezogen wird. Die Aus-
sichten für eine Gesundung am Schiffahrtsmarkt
hängen vollständig davon ab, welche Aussichten man
dem Welthandel selbst zuerkennen will. Saniert
man die Weltwirtschaft und erschließt man insbe-
sondere auf irgendeine Weise die großen Absatz-
märkte von Mittel- und Osteuropa, gibt man auch
Deutschland wieder die Möglichkeit, als Käufer auf
dem Weltmarkt aufzutreten, dann muß das ganz
naturnotwendig auch zu einer Belebung des Welt-
verkehrs und damit der Weltschiffahrt führen. Be-
sonders schwer leiden unter diesen Verhältnissen die

Vereinigten Staaten von Nordamerika, die sich erst während des Krieges eine nennenswerte Handelsflotte geschaffen haben. Es stellt sich jedoch mehr und mehr heraus, daß der Stolz der Nation

„Amerikas Lugu=flotte“

eine recht kostspielige Sache ist. Vor zwei Jahren, als in Europa ein empfindlicher Mangel an Handels tonnage herrschte, hätte die amerikanische Regierung ihre überzähligen Handelsschiffe ziemlich vorteilhaft, d. h. mit nur geringem Verlust, verkaufen können. Sie hat damals diese günstige Gelegenheit verstreichen lassen. Dieser Fehler hat sich schwer gerächt. Dazu kam, daß sich niemand scheute, das Shipping-board als einträgliche Einkure zu betrachten. Nach einer Mitteilung des neuen Vorsitzenden hat diese Schiffsfahrtsbehörde, durch deren Hände viele Millionen von Dollars gingen, so gut wie gar keine Bücher geführt, so daß sich die Gesamtsumme der verschleuderten Gelder erst etwa nach Jahresfrist dürfte feststellen lassen. Als eine wahrhaft exotische Blüte dieser Mißwirtschaft kann es wohl gelten, daß eines Tages ein 5000-Tonnendampfer einfach gestohlen und nach Afrika entführt wurde. Die „Bauwelt“, Berlin, (Heft 49 vom 8. Dezember) bespricht die

Abhilfemöglichkeiten der Waggonnot.

Trotzdem der Frost die Verladung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen einschränkt, ist noch immer keine merkbare Besserung in der Waggonstellung eingetreten. Ein Referent des Reichsverkehrsministeriums hat kürzlich auf einer Sitzung des deutschen Ralkbundes die Gründe für den Waggonmangel ausführlich dargelegt. Er kommt zu dem Schluß, daß die lange Umlaufzeit der Wagen die Hauptursache ist. Vor dem Kriege betrug diese durchschnittlich dreieinhalb Tage. Heute, unter der Herrschaft des Achtstundentages, ist sie auf sieben bis acht Tage gestiegen. Dem dadurch hervorgerufenen Mangel könne keine noch so starke Vermehrung des Wagenparkes abhelfen, vielmehr sei diese letzten Endes nur geeignet, zu einer Verstopfung der Güterbahnhöfe beizutragen. Schnelle Entladung und unverzügerte Beladung sei das Haupterfordernis. Dabei müssen die Schwierigkeiten fallen, die dem Arbeitgeber durch die unter solchen Umständen notwendig werdenden Ueberstunden und ihre Genehmigung bei den Gewerbeinspektionen bereitet werden. Es hat sich gezeigt, daß die hohen Wagenstandgelder nicht den erwünschten Einfluß ausüben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (22. November) bringt in ihrem volkswirtschaftlichen Teil eine Zusammenstellung über das Verhältnis zwischen

Mark und Franc.

Von allen ehemaligen Verbündeten leidet Frankreich am stärksten unter den chaotischen deutschen Wirtschaftszuständen, da das wesentlichste Aktivum seines Budgets die deutsche Zahlungs- und Leistungsfähigkeit ist. Um eine zuverlässige Vergleichsbasis zu

erhalten, muß man die Gestaltung der Valuten an einer neutralen, z. B. der Züricher Börse betrachten. Sämtliche Devisen erlitten in diesem Jahre an der Züricher Börse eine Entwertung. Nimmt man die Mark als Grundlage einer Prozentuzm 11. November — ihrem tiefsten Stand — um 9,65 Schweizer Franken oder um 84,3 %, das englische Pfund um 3,15 Schweizer Franken oder 13,1 %, der französische Franken um 9 Schweizer Franken oder 18,9 %, die italienische Lire dagegen nur um 2,40 Schweizer Franken oder 9,9 % und endlich der holländische Gulden um 27,25 Schweizer Franken oder 12,9 % verschlechtert hat. Der Rückgang der französischen Valuta ist also nach Schweizer Bewertung doppelt so groß wie der der italienischen, und übertrifft den der englischen und holländischen Valuten sehr wesentlich. In der „Frankfurter Zeitung“ (20. November) beschäftigt sich Direktor Rohlwage, Hannover, mit der

Preussischen Zentralgenossenschaftskasse.

Diese Kasse, die als Zentralgeldeausgleichsstelle für das gesamte preussische Genossenschaftswesen bestimmt war, ist nicht in der Lage gewesen, diesen Zweck auszufüllen. Die größten deutschen Kreditgenossenschaften, soweit sie im Allgemeinen Verband=Berlin vereinigt sind, arbeiten mit der Dresdner Bank. Auch die Reiffeisenkassen haben sich von der Preußenkasse losgelöst, so daß ihr heute im wesentlichen nur noch die landwirtschaftlichen Genossenschaften des früheren Offenbacher Verbandes treugeblieben sind. Aber auch ein beträchtlicher Teil dieser Kundschaft arbeitet gleichzeitig mit anderen Geldinstituten. Dazu kommt noch, daß die Sparkassen, die vielfach in durchaus befriedigender Weise mit der Preußenkasse gearbeitet haben, immer mehr auf die Girozentralen übergehen. Angesichts der großen Aufgaben, die das Genossenschaftswesen in der nächsten und fernereren Zukunft zu lösen haben wird, ist es aber dringend notwendig, eine Stelle zu haben, die den ursprünglichen Gedanken eines Zentralgeldeausgleichsinstitutes brauchbar in die Praxis umsetzt. Man wünscht zu diesem Zwecke vielfach eine Umgestaltung der Preußenkasse. Insbesondere wendet man sich gegen den bürokratischen Standpunkt dieses reinen Staatsinstitutes, das die mit ihm arbeitenden Kreise vielfach als die nachgeordneten Stellen ansieht. Zu diesem Zwecke könnte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mit 150—200 Millionen Mark Kapital unter Aktienübernahme durch den preussischen Staat in Frage kommen. Man könnte dem Staat auch vielleicht einen Einfluß durch Uebergabe von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht sichern. Oder es bliebe als letzter Ausweg, wenn eine derartige Umgestaltung der Preußenkasse nicht möglich sein sollte, die Gründung eines eigenen Zentralgeldinstitutes durch die Zentralkassen neben der Preußenkasse. — Lehrreiche Beispiele zu dem Kapitel

Die Vertragstreue der Industrie

bringt das „Berliner Tageblatt“ (22. November). Es handelt sich um ein Schreiben einer Hamburger Exportfirma, in dem dieses seine Erfahrungen mit mehreren Werken der Schwerindustrie aus verschiedenen Teilen Deutschlands mitteilt. Sämtliche Werke haben ihre Vertragsverpflichtungen verletzt und dadurch den Exporteur dem ausländischen Abnehmer gegenüber in eine sehr schwierige Lage gebracht. In einem ebenfalls mitgeteilten Schreiben schildert ein Reisender die Wirkungen eines solchen Vorgehens im Ausland, in diesem Falle in England. Bei aller Freundlichkeit begegnet man hier einem Mißtrauen dem deutschen Kaufmann gegenüber, daß die ausländischen Einkäufer zu anderen Firmen führe, selbst wenn sie hier bis zu 20% mehr zu zahlen haben. Dies Mißtrauen ist um so stärker, als man im Ausland weiß, daß das Bestreben der Lieferwerke, von ihren Verträgen freizukommen, fast stets nur auf Profitgier zurückzuführen ist. Es ist natürlich bekannt, daß auch die Vertragstreue ausländischer Firmen ins Wanken gerät, wenn die Gunst der Verhältnisse einen Vertragsbruch als besonders profitabel erscheinen läßt. Trenn und Glauben im Handel hat sich aber bekanntlich daraus entwickelt, daß die Händler einsahen, daß sie unter Beobachtung dieser Grundätze auf die Dauer bessere Geschäfte machen als bei Außerachtlassung derselben. Es scheint erst wieder bitterer Erfahrungen zu bedürfen, um diese Grundätze von neuem zu etablieren. — Die deutsche Wohlfeilheit, die der Grund des deutschen Ausverkaufes ist, erstreckt sich auch auf Gebiete, an die man zunächst kaum denken würde. So hat die

billige deutsche Fracht,

wie es in einer Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ (20. November) heißt, im Fluß der internationalen Warenströme gerade in der letzten Zeit recht merkwürdige Veränderungen hervorgerufen. Bekanntlich bezog die Schweiz vor dem Kriege den größten Teil ihrer Auslandszufuhren von Getreide über Genua und den Rhein, während des Krieges traten die französischen Rhonehäfen als Umschlagsstellen hinzu. Jetzt ist selbst die Lira der Mark gegenüber so teuer geworden, daß es sich für die Schweiz billiger stellt, Getreide nach Hamburg zu nehmen, dort in Eisenbahnwagen umzuschlagen und durch ganz Deutschland mit der Bahn befördern zu lassen. Noch eigenartiger ist es, daß selbst Holland für seinen Inlandsbedarf ähnliche Wege wählt. Zwar ist die Seefracht nach Hamburg einige Cents teurer als nach den holländischen Seehäfen, aber dieser Unterschied wird — trotz der erheblich längeren in Frage kommenden Landstrecke innerhalb Deutschlands — durch die Billigkeit der in Cents umzurechnenden deutschen Markfracht mehr als ausgeglichen. Es nehmen deshalb zur Zeit nicht ganz unbeträchtliche Mengen Getreides nach Holland den Weg über die deutschen Häfen und Bahnen. Bei einer Verschärfung dieses Zustandes

läge die Erwägung nicht fern, ob man nicht auch für Dienste (Bahnfrachten, Hafengebühren u. a. m.) Valutazuschläge ähnlicher Art einführen sollte, wie für Waren. — Ueber die

Verschleppung des Liquidationserschädengesetzes

flagt eine Zuschrift an die „Bosjische Zeitung“ (26. November). Sie macht insbesondere darauf aufmerksam, daß nicht nur für die Besitzer der sequestrierten Papiere durch die Hinauszögerung der Schlußabrechnung sehr große Schwierigkeiten entstehen — da die sogenannte Vorentscheidung durch die Spruchkommission nur in den seltensten Fällen einen nennenswerten Betrag erreicht —, sondern daß dieses Verschleppen auch dem Reiche selbst mehrere Milliarden kostet. Die Redaktion weist in einem Zusatz darauf hin, daß die Entschädigung durch den Friedensvertrag festgelegt sei, daß die deutsche Regierung das zu vergüten habe, was ihr auf Reparationskonto gutgeschrieben werde, und daß die Abrechnung hierüber von Ententezeiten in den meisten Fällen nicht zu bekommen gewesen sei. Sie schlägt indessen zur schnelleren und einfacheren Regelung den Weg eines heimatlichen Affordes zwischen dem Reich und dem Wertpapierbesitzer vor.

Umschau.

in. Devisenhändler. Schon vor dem Tendenzumschwung am Devisenmarkt sind in einer ganzen Reihe von Fällen bei Banken und Bankfirmen Verluste von außerordentlichem Umfang eingetreten, durch leichtsinnige, zum Teil wohl auch fraudulöse Devisenoperationen einzelner Bevollmächtigter der betreffenden Institute oder Firmen. Nicht immer werden solche Vorkommnisse der Öffentlichkeit bekannt, jedoch die Fälle aus Köln, Düsseldorf und München, die in der letzten Zeit in den Fachkreisen und zum Teil auch in der Presse lebhaft erörtert worden sind, genügen, um den Blick auf einen der schwersten Übelstände in der jüngsten Entwicklung des deutschen Bankwesens zu lenken. Die Devisenhändler sind nach dem Kriege bei den Banken und Bankfirmen außerordentlich gesuchte Kräfte geworden. Der Devisenhandel und die Devisenarbitrage haben ja eine Ausdehnung erfahren, bei der das Fehlen an geschulten und geeigneten Kräften für dieses Arbeitsfeld eine ganz natürliche Erscheinung war. Nun haben sich manche jungen Leute diesem dankbaren Feld in der bankgeschäftlichen Arbeit zugewendet, und sobald jemand mit einigem Geschick und Erfolg, bei dem neben dem Geschick auch das Glück eine Rolle spielte, einige Zeit auf diesem Gebiete tätig war, wurde er eine viel umworbene Kraft. Man hat diese neuen Devisenhändler, um die sich die Bankfirmen und Banken geradezu rissen, in der Handelspresse mit leichter Ironie, aber recht zutreffend, die „Primadonnen des Bankfaches“ genannt. Die außerordentliche Höhe der Summen, die bei glücklichen Devisenoperationen verdient wor-

den sind, hat die Direktionen der Banken ebenso wie die Leiter mancher Privatbankgeschäfte veranlaßt, keine Mittel zu scheuen, um erfolgreiche Devisenhändler dauernd an sich zu fesseln. Auf der anderen Seite hat dieses Werben natürlich die Ansprüche dieser jungen Leute ständig gesteigert, und zwar nicht nur die Ansprüche in der Bezahlung, sondern auch diejenigen, die sich auf die Stellung und die Vollmachten bezogen, die sie im Betriebe zu erhalten wünschten. So wurden nicht selten erfolgreiche Devisenhändler zu Partnern in Privatbankfirmen oder zu Direktoren, Filialdirektoren oder stellvertretenden Direktoren bei Banken, ohne daß in jedem einzelnen Falle die Prüfung vorgenommen wurde, die in bezug auf Vielseitigkeit des Könnens und vor allen Dingen auch in bezug auf Zuverlässigkeit des Charakters bei der Besetzung derartiger verantwortungsvoller Posten erforderlich ist. Das Ergebnis dieses Werbens um die erfolgreichen Devisenhändler war denn auch, daß in manchen Fällen Kräfte, die nach Vorbildung, Alter und Charakter nicht geeignet waren, die Verantwortung für das Wohl und Wehe einer Unternehmung zu tragen, mit einer solchen Verantwortung betraut wurden. Das war ein Verfahren, das in einzelnen Fällen bis zur Untergrabung der Existenz von Unternehmungen geführt hat. Nachdem jetzt einige Kinder in den Brunnen gefallen sind, wird man hoffentlich auch in der Auslese der Persönlichkeiten für leitende Stellungen im Bankfach wieder etwas vorsichtiger werden. Man wird sich stärker der Notwendigkeit bewußt werden, nicht nur sich durch den Erfolg, der der Gewandtheit oder dem Glück zu danken ist, blenden zu lassen, sondern vor allen Dingen auch die Voraussetzungen in bezug auf den Charakter sorgfältig zu prüfen. Abgesehen von dieser Verbesserung der Auslese dürften die Erfahrungen der jüngsten Zeit aber auch gerade für das Devisengeschäft einigen Anlaß bieten, die gegenseitigen Kontrollen innerhalb des Bankverkehrs stärker auszubauen. Denn nur ein sehr weitgehendes System der Überwachung der Geschäftsbewahrung der einzelnen verantwortlichen Persönlichkeiten kann vor dem Entstehen von Verpflichtungen schützen, die einem Unternehmen in weit höherem Grade gefährlich werden können, als alle Defraudationen von Bankkassierern alten Stiles.

Kriesnoten. Herr Dr. W. Engelhard-Berlin schreibt: Kriesnoten sind heute kaum mehr wert als Kosciuskonoten, heute, nachdem das Reichsgericht zugunsten des Reiches entschieden hat. Drei Tage vor der Entscheidung wurden sie noch von vager Spekulation mit 46 bewertet. — Der Spruch des Reichsgerichts bestätigte im wesentlichen die Entscheidung des Kammergerichts. Die Argumente des Reiches waren dabei genau so knapp und klar, wie der verhängnisvolle Aufdruck auf den Zetteln irreführend; der Text auf den Kriesnoten: „Die deutsche Reichsbank übernimmt die Gewähr für die Einlösung der Scheine der polnischen Darlehnskasse in deutscher Mark zum Nennwert“, die Argumente des Reichsfinanzministeriums: Die Einlösungs-

pflicht des Reiches besteht dem Einzelhaber gegenüber nicht. Es ist lediglich Bürge für die polnische Landesdarlehnskasse. Diese wurde infolge des Rückzugs nicht liquidiert, sondern von Polen weiterbetrieben. — Die polnische Darlehnskasse hatte Guthaben in Deutschland. Mit diesen wirtschaftete man extensiv, schritt nicht zu einer Repartierung. Man löste zum Nominalbetrag ein, bis die Guthaben aufgebraucht waren. Eine gewisse Rücksichtslosigkeit, nur unter dem Gesichtswinkel der derzeitigen Finanzlage verständlich, setzte von da ab ein. Das Reich stützte sich auf formales Recht, siegte beim Kammergericht und jetzt beim Reichsgericht. Seine Beauftragten operierten dabei in den Prozessen geschickter, als sie es sonst im Durchschnitt zu tun pflegen. — Das Wiederaufbauministerium brachte kurz vor dem Kammergerichtsurteil das Verdrängungsschädengesetz ein. Nachträglich und mit der übrigen Materie des Gesetzes nicht ganz verwachsen fügte es einen Paragraphen dazwischen, der mit 25 Mill. M. einen Härteausgleich unter den Kriesnotenbesitzern ermöglichen soll. — Der unabänderliche Spruch des Reichsgerichts hat die Situation nun klar umschrieben. Die durch die Umstände des Erwerbs gerechtfertigten Ostdeutschen werden auf Grund des Verdrängungsschädengesetzes (über die Erhöhung des 25 Mill. M.-Betrages wird das Reich mit sich reden lassen) mit einem blauen Auge davonkommen. Die spekulativen Erwerber — und diese sind weit in der Überzahl — besitzen gegenwärtig Kosciuskonoten.

ls. **Wiener Börsenstreik.** Wir kennen es von der Berliner Börse her, daß durch behördliche Eingriffe und Maßnahmen im regelmäßigen Börsenbetrieb Störungen hervorgerufen werden, die weniger in der Tendenz dieser Maßnahmen als vielmehr in ihrer tatsächlichen Auswirkung begründet sind. Wie die Wiener Börse den deutschen Plätzen in der Kursgestaltung als Beispiel dient, so zeigt sie auch bei anderer Gelegenheit ihre Überlegenheit in der Sucht zum Extremen. Das riesengroße Loch in dem deutsch-österreichischen Budget hatte den neuen Finanzminister Dr. Gürtler zusammen mit seinem ersten Mitarbeiter Dr. Rosenberg (der aus der Bankwelt (!) hervorgegangen ist) veranlaßt, dem Nationalrat einen Gesetzentwurf über die Erhebung einer Börsenkopfsteuer von je 100 Goldkronen pro Monat zu unterbreiten. Dieser Gedanke, der inzwischen Gesetz geworden ist, hatte bei den ahnungslosen Börsenbesuchern einen solchen elementaren Sturm der Entrüstung hervorgerufen, daß sie einen sofortigen Börsenstreik proklamierten, der beinahe eine Woche lang angehalten hat, allerdings mit der einzigen, nicht beabsichtigten Wirkung, daß eine weitere Erhöhung des Steuersatzes erwogen wurde. Man wird die Empörung der Besucher des Schottenringes über diese allerdings höchst merkwürdige Steuer gefühlsmäßig verstehen können, ohne die Form ihrer Abwehr billigen zu müssen. Ganz abgesehen davon, daß hier ein Staat seine eigene, augenblicklich in Geltung befindliche Währung desavoniert, wie es die Festsetzung eines Steuersatzes

in Goldkronen bedeutet, ist dieses Gesetz mit seiner radikalen Gleichstellung von wirtschaftlich Starken und Schwachen — jeder Großbankdirektor wird ebenso behandelt wie der kleinste Pfluschkamakler oder auch Bote — eine Steuer der primitivsten Art. Man kann die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften hierzu deshalb wohl nur aus der Psyche heraus verstehen, die sich in einem Staate breit macht, in dem die sozialen Gegensätze als Folge einer beispiellosen Valutaentwertung so ungeheuerlich kraß geworden sind wie jetzt in Deutschösterreich. Der immer wachsenden Schicht, die sich nur noch mühsam vor dem Verhungern schützen können, steht nur eine kleine Anzahl durch Jobberei verdienender Personen gegenüber, deren offen zutage tretender Luxuskonsum zwangsläufig eine Mißstimmung gegen „die Börse“ zur Folge haben muß. Das Volksempfinden macht dabei nicht den notwendigen Unterschied zwischen dem Kreis der an der Börse Interessierten überhaupt und den Börsenbesuchern selbst. Aus dem zu einem Teil richtigen Gedanken heraus, daß die großen Gewinne aus dem Effekengeschäft hauptsächlich den Börsenbesuchern zufließen, die doch meistens nur Beauftragte eines weit größeren Kreises sind, muß diese Kopfsteuer entstanden und vom Nationalrat genehmigt sein, der sich dabei der schadenfrohen Zustimmung der Volksmenge sicher war. Hierfür spricht auch der ungeheure Satz von 100 Goldkronen, der rund 135000 Papierkronen ausmacht. Selbst wer zugibt, daß die Banken und einzelne besonders glückliche Mitglieder der berufsmäßigen Spekulation diese Summe — jeden Monat — aufbringen können, wird es für unbillig halten, einen ganzen Berufszweig mit einer Sondersteuer in diesem Umfange zu belasten. Gewiß sollen die besonders gut verdienenden Berufsweige mehr Steuerlasten als andere tragen; es bleibt aber unverstänlich, warum in den Verhandlungen der Wiener Börsenkammer mit dem Ausschuß des Nationalrates andere, weit vernünftiger Vorschläge unbeachtet geblieben sind. So ist beantragt worden, der Wiener Börse eine Gesamtsteuer aufzuerlegen, die durch die Börsenkammer selbst unter die Mitglieder der Vereinigung nach einem der Leistungsfähigkeit entsprechenden Schlüssel umgelegt werden soll. Dieser Vorschlag hätte dem Staat, dessen dringender Geldbedarf durchaus alle Steuerwünsche verständlich erscheinen läßt, die gleiche Summe eingebracht und gleichzeitig alle Ungerechtigkeiten, die aus der jetzigen Fassung entstehen, vermieden. Seine Verwirklichung wäre auf wesentlich geringeren Widerstand gestoßen und hätte den grundsätzlich anders gearteten Bestrebungen, ähnlich wie in Deutschland, die Spekulationsgewinne an der Quelle zu erfassen, nicht Abbruch zu tun brauchen. Trotz alledem muß dahingestellt bleiben, ob bei der geistigen Vorrechtstellung, die die Börsenbesucher für sich in Anspruch nehmen, das gefühlsmäßig verständliche, vernunftgemäß aber falsche und lediglich impulsiven Gefühlsmomenten entspringende Einstellen der Börsentätigkeit richtig gewesen ist. Es hat nachträglich den Anschein, als

wenn ohne den Streik die Lage nicht unnötig verschärft und die Möglichkeit einer Verständigung größer gewesen wäre. Außerordentlich merkwürdig ist übrigens, daß der radikale Zug, der durch dieses Gesetz geht, so stark ist, daß auch die Journalisten, die lediglich an der Börse ihrer wirtschaftlichen Publikationspflicht genügen, getroffen und sie in die Besteuerungspflicht mit einbezogen sind. Es bleibt ein trauriges Zeichen der moralischen Stumpfheit, daß die Standes- und Berufsorganisation der Wiener Journalisten hiergegen nicht in corpore protestiert hat, sondern, daß — als einziger — der Vertreter einer Berliner Börsenzeitung den Mut aufgebracht hat, öffentlich zu erklären, die Börsenräume nicht mehr zu betreten, bis diese Bestimmung abgeändert worden ist. — Aber die Erregung der Wiener Börsenbesucher hatte noch eine zweite, nicht minder berechtigte Ursache. Ähnlich wie in Deutschland hat man auch in Deutschösterreich von allen möglichen amtlichen Stellen seit Monaten immer wieder spekulative Betätigung als verdammenswert hingestellt und damit auch zeitweise die gewünschten Erfolge erzielt. In den kritischen Börsenstreiktagen erklärte derselbe Finanzminister Dr. Gürtler zum Entsetzen und zur Überraschung aller, daß die Effektenkurse, am Stande der österreichischen Valuta gemessen, noch längst nicht hoch genug erscheinen. Die Wiener Börse hat ihm bei der Wiedereröffnung prompt geantwortet: Die Kurse kletterten 10000-kronenweise in die Höhe. Der Wiener Börsenstreik mit den damit verbundenen Ereignissen lehrt uns, daß kein Unsinn groß genug ist, um nicht in die Tat umgesetzt zu werden.

red. Wirtschaftsstatistik. Allmählich beginnt wieder Ordnung in unsere Wirtschaftsstatistik einzukehren. Man widmet ihr mehr Aufmerksamkeit und es sind seit Kriegsende bereits zweifellos sehr beträchtliche Fortschritte besonders auf dem Gebiete der Außenhandelsstatistik gemacht worden. Aber noch immer befinden wir uns auch über die selbstverständlichsten Wirtschaftsgrundlagen im unklaren, da die statistischen Angaben aus der Vorkriegszeit, die wir besitzen, fast völlig unbrauchbar für jede Art von Vergleich geworden sind. Es ist deshalb außerordentlich zu begrüßen, wenn man jetzt wieder einmal an eine systematische große Erhebung über die Wirtschaftsgrundlagen herangehen will. Das statistische Reichsamt, das den Gedanken einer Gesamtinventur der deutschen Wirtschaft, d. h. Volks-, Berufs- sowie gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebszählung propagiert, darf der wärmsten Unterstützung aller wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kreise sicher sein.

n-r. Transaktionen im Sichelkonzern. Man ist gewöhnt, die außerordentlich starke Konzentrationsbewegung, die sich in der Nachkriegszeit in der deutschen Industrie vollzogen hat, im wesentlichen auf das Konto wirtschaftlicher Notwendigkeiten zu setzen. Die Zerstörung der wirtschaftlichen Einheit großer Betriebe, die zur Ergänzung

zwang, Verlust von Rohstoffbezugsquellen oder Absatzmöglichkeiten, der nach der Lage der Dinge auch nur durch Angliederung oder Anlehnung ausgeglichen werden konnte, Kapitalüberfluß und Kapitalarmut, Nationalisierungs- und Sparsamkeitsrücksichten haben bei der großen Mehrzahl der Zusammenschlüsse als treibendes Moment eine Rolle gespielt. Aber es gibt auch anders geartete Konzernbildungen. Sie tragen den Stempel der Persönlichkeit des Gründers. Finanziers und Händler sind die neuen kapitalistischen Unternehmer größten Stils, deren Werk ein ebenso wesentliches und bedeutungsvolles Charakteristikum der Nachkriegsentwicklung ist wie die Konzentrationsvorgänge, die oben angedeutet wurden.

Ein besonders treffendes Beispiel für einen solchen Unternehmer ist Alfred Ganz, der alleinige Geschäftsinhaber der Julius Sichel und Co., Kommanditgesellschaft auf Actien in Mainz. Noch 1918 war er der alleinige Geschäftsinhaber einer Firma mit 2,5 Mill. M. Kapital. Der Gegenstand des Unternehmens war: Ein- und Verkauf von Eisen und Metallen aller Art in fertigem, halbfertigem und rohem Zustande, Herstellung aller Arten von Blei- und Zinkfabrikaten in reinem und legiertem Zustande, Handel mit Calciumcarbid sowie Beteiligung an Bergwerksunternehmungen. Die Gesellschaft besaß eine Metallschmelze. Allerdings zeigte sich schon damals, daß das Unternehmen von einer gewaltigen Energie in eine Aufwärtsentwicklung hineingepreßt wurde. Der Umsatz gibt ein treffendes Bild dieser Entwicklung. Stellte er sich im Jahre 1915/16 auf 4,32 Mill. M. — der bisher höchste erreichte Umsatz betrug 1911/12 rund 6,19 Mill. M. — so stieg er 1916/17 auf 17 Mill. M., um 1917/18 auf 35,5 Mill. M. anzuwachsen. Inzwischen ist die Firma der Mittelpunkt eines der bedeutendsten deutschen Großkonzerne geworden. Gegenstand des Unternehmens ist — den neuen Bedürfnissen angepaßt, gleichzeitig aber ein treffendes Charakteristikum der vollzogenen Entwicklung: Beteiligung bei Firmen, die sich mit dem Ein- und Verkauf von Eisen und Metallen aller Art in fertigem, halbfertigem und rohem Zustande, mit der Herstellung aller Arten von Blei- und Zinkfabrikaten in reinem und legiertem Zustande, der Herstellung und mit dem Handel in Calciumcarbid befassen, sowie Beteiligungen an eisenverbrauchenden Fabriken, an Bergwerksunternehmungen und chemischen Fabriken. Das Kapital beträgt 50 Mill. M., die Reserven 85,3 Millionen, und auch diese Ziffern sind durch die Verwaltungsanträge in der bevorstehenden Generalversammlung lange überholt. Die ursprüngliche Produktionsfirma Julius Sichel ist zu einem Finanzinstitut geworden, das die Kontrolle über einen weiten Kreis von Unternehmungen ausübt, über einen Kreis, der noch größer wäre, wenn man nicht die sämtlichen ausländischen Beteiligungen einer Tochter-Holdinggesellschaft im Auslande, der Aktiengesellschaft für Industriewerte in Luzern, überwiesen hätte.

Ursprünglich hatte man beabsichtigt, die Gesamtkontrolle über den Sichelkonzern in die Hände dieser Firma zu legen, deren Präsident Alfred Ganz ist. Zu diesem Zwecke war den Inhabern von Sichelaktien ein Umtauschangebot in Aktien der Schweizer Gesellschaft gemacht worden. Es war jedoch zur Bedingung gestellt, daß 90 % der Sichelaktien zum Umtausch angemeldet werden sollten. Dieser hohe Prozentsatz ist nicht erreicht worden. Nichtsdestoweniger soll der Aktienumtausch doch erfolgen, wengleich auf ganz anderer Grundlage. Man sieht davon ab, die Kontrolle über die deutschen Unternehmungen des Sichelkonzerns ins Ausland zu verlegen. Vielmehr wird, wie schon oben erwähnt, eine reinliche Scheidung zwischen in- und ausländischen Konzerngliedern vorgenommen. Die praktische Durchführung dieser Teilung wird nun derart durchgeführt, daß die Sichelgesellschaft der A. G. für Industriewerte die in ihrem Besitz befindlichen Aktien der Schweizer Gesellschaft zum Buchwerte (!) gegen Aktien der deutschen Unternehmungen überläßt, die bereits auf die Luzerner Gesellschaft übergegangen waren. Durch diese Transaktion wird — erfreulicherweise — verhindert, daß deutsche Unternehmungen von Luzern aus kontrolliert werden. Aber dem steht gegenüber, daß das Verhältnis der Sichel & Co. zu der A. G. für Industriewerte in Luzern ein völlig anderes geworden ist. War sie früher Großaktionär in der Schweizer Gesellschaft, so wird sich ihr Einfluß in Zukunft auf die Personalunion durch die Doppelstellung von Alfred Ganz beschränken. (Auch wenn Alfred Ganz selbst die Mehrheit der Luzerner Gesellschaft besitzen sollte, würde für den Konzern selbst wenig geändert.) Erst die weitere Entwicklung wird zeigen, ob diese Trennung in zwei selbständig nebeneinanderstehenden Holdinggesellschaften — hie Inland, hie Ausland — zum Besten des Konzerns dienen wird. Es besteht die Gefahr, daß der eigentliche Schwerpunkt sich nach der Schweiz verschiebt, um so mehr, als Alfred Ganz selbst einer solchen Entwicklung zum mindesten nicht ablehnend gegenüberzustehen scheint. Es ist wenigstens nicht ausgeschlossen, daß die grundsätzliche Aufgabe des Zwei-Augen-Prinzips in der Leitung zum mindesten als ein Schritt auf diesem Wege angesehen werden kann.

Schon einmal in diesem Jahre dachte man daran, das Zwei-Augen-Prinzip in der Leitung des Sichelkonzerns zu brechen. Es war in der Zeit der Verhandlungen mit der Metallhandelsfirma Wolf Netter & Jacobi. Damals sollten zwei der Inhaber von Wolf Netter als persönlich haftende Gesellschafter in die Sichelgesellschaft eintreten. Ob durch ein Zusammengehen der beiden Firmen — anläßlich der dieser Tage bekanntgewordenen Absicht der Umwandlung der bisherigen Privatfirma Wolf Netter & Jacobi in eine Aktiengesellschaft tauchte die Version von neuen Anknüpfungen zum Sichelkonzern auf, doch wurde sie von der Firma dementiert — eine Änderung des im Sichelkonzern eingeschlagenen

Kurses eingetreten wäre, läßt sich nicht beurteilen. Jedenfalls wären auf diese Weise Männer in die Sichelverwaltung gekommen, die sich auf die starken Interessen eines großen gleichberechtigten Unternehmens gestützt hätten, während die neuen Geschäftsinhaber der Sichel & Co. Kommanditgesellschaft durchaus dem bisherigen Interessenkreise entstammen und sicher, besonders Herr Roehle als Generalbevollmächtigter von Alfred Ganz, an der bisherigen Entwicklung bereits stark beteiligt waren. Daß beide neuen Geschäftsinhaber aus dem deutschen Geschäft kommen, verstärkt die Vermutung; daß Alfred Ganz selbst sich mehr dem ausländischen Geschäft zuwenden werde, d. h. praktisch, daß für ihn die Stellung als Präsident der A. G. für Industriewerte wichtiger wird als der Geschäftsinhaber von Julius Sichel & Co.

Vom Standpunkte der Nationalwirtschaft aus wird man diese Perspektive bedauern müssen. Es würde zweifellos viel bedeuten, wenn man das Herz auch des internationalen Sichelkonzerns in Deutschland halten könnte. Aber man wird abwarten müssen, ob nicht Alfred Ganz vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus so richtiger gehandelt hat. Nur darf nun nicht, nachdem man sich dazu entschlossen hat, den Gedanken einer direkten Auslandskontrolle der deutschen Sichelunternehmungen aufzugeben, dasselbe Ziel indirekt erstrebt werden. Es muß Bedenken erregen, daß die A. G. für Industriewerte Sichelaktien besitzt, während umgekehrt gar keine Interessennahme besteht. — Immerhin ist auch so schon für die deutschen Unternehmungen die Gefahr abgewendet, die etwa in einer Finanzierung durch die Schweizer Gesellschaft in der heutigen valutarisikoreichen Zeit gelegen hätte. Die Finanzierung erfolgt in Deutschland durch die Firma Sichel, der die Westbank A. G. in Frankfurt zur Unterstützung zur Verfügung steht. Daß die Sichelgesellschaft für diese Finanzierungen vortrefflich vorbereitet ist, zeigt ein Blick in ihre eben veröffentlichte Bilanz, die von einer außerordentlichen Kapitalkraft zeugt. In erster Linie die Effekten und Beteiligungen müssen sehr beträchtliche stille Reserven enthalten, stehen sie doch nur mit wenig mehr als 130 Mill. M. zu Buche, während schon der Nominalbetrag der im Portefeuille befindlichen Aktien und Beteiligungen an die 70 Mill. Mark heranreicht. Und während die Kreditoren sich auf rund 16 Mill. M. gehalten haben, sind die Debitoren um 30 auf 39 Mill. M. angewachsen. Der Kapitalbedarf der Tochtergesellschaften, der sich in dieser Ziffer ausspricht, dürfte wohl der wesentlichste Grund für die Kapitalserhöhung sein, die die eigenen Mittel der Gesellschaft mit 100 Mill. M. Aktienkapital und 125 Mill. M. offenen Reserven auf 225 Mill. M. bringen soll.

Die Rheinisch-sp. Aufsichtsrats-Opposition. Nassauische Bergwerks- und Hütten A.-G. in Stolberg, die einen beträchtlichen Anteil an der westdeutschen Zinkproduktion — im Jahre 1913 wurden 21 125 kg

Zinkerz; 1920 allerdings nur 8592 kg gefördert — hat, beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, um „über die Erhöhung des Grundkapitals um einen Betrag bis zu 10 Mill. M. und über die Begebung der Aktien unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen“. Über die Notwendigkeit der Kapitalserhöhung dürfte wohl kaum ein Zweifel bestehen, nachdem bereits im Juni dieses Jahres die erforderliche Dreiviertelmehrheit für einen solchen Beschluß nicht aufzubringen und deshalb der Plan einer Vermehrung der Betriebsmittel vertagt worden war. Ein heftiger Streit hat sich dagegen um die Modalitäten der Ausgabe entsponnen, der entgegen den allgemein üblichen Gepflogenheiten, Kampfvorbereitungen für die Generalversammlung in aller Stille zu treffen — bereits vorher in breitester Öffentlichkeit angekündigt wird. Großaktionär des Unternehmens ist seit kurzem die betriebsverwandte A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation, die mehr als die Hälfte des Aktienkapitals erworben hat. Während die Stolberg-Gesellschaft die neuen Mittel, die dringend zum Ausbau der Hütten und Gruben sowie zur Anlage von Werkwohnungen benötigt werden, durch die Ausgabe von 2 Mill. M. Aktien mit einem Ausgabekurs von 1200% beschaffen will, schlägt die opponierende Minderheit andere, für sie wesentlich günstigere Ausgabemodalitäten vor, da bei dem ersten Vorschlag die „berechtigten Interessen der alten Aktionäre mißachtet werden“. Nach ihren Anträgen sollen 10 Mill. M. Aktien mit einem Ausgabekurs von 200% oder mindestens 4 Mill. M. mit einem Begebungskurs von 600% geschaffen werden. Man wird diese „alten“ Aktionäre bedauern müssen, die bei einem Kurs ihrer Aktien von 2320% (1. Dezember) allerdings noch nicht einmal in den Genuß eines Bezugsrechtes gekommen sind, da das jetzige Grundkapital von 10 Mill. M. noch aus dem Friedensjahre 1913 stammt. Ganz ungeheuerlich ist aber angesichts des Kursstandes von Rhein-Nassau, die weitere Argumentation, daß die Aktienaussgabe von 1200% den „Charakter einer Zubeuße“ trage, selbst wenn es auf 5 alte nur 1 junge Aktie geben sollte. Man ist gewohnt, daß Aktionäre (die zwar dann nicht „alte“ sondern „junge“ sind) nach einer möglichst hohen Verzinsung ihres Kapitals drängen, wenn sie aus Spekulation einen Besitzanteil an einem Unternehmen erworben haben, da man von ihnen nicht verlangen kann, daß sie ihren Egoismus hinter die Interessen des Unternehmens stellen. Schon bei einem wirklich alten Aktionär pflegt dieser Interessenkampf einen anderen Ausgang zu nehmen; ganz überwiegend verteidigen aber die Mitglieder des Vorstandes eines Unternehmens die verfügbaren Reserven gegen unberechtigte Habgiergelüste. Bei Rhein-Nassau ergibt sich nun die Merkwürdigkeit, daß hier sich das Bild umgekehrt hat und die Führung der Opposition bei dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates liegt. Wie verlautet, steht ihm der übrige Aufsichtsrat und die Mitglieder der Direktion zur Seite; so gewappnet, erläßt er durch Inserat Aufrufe, in denen er, um die Anträge des Großaktionärs zu inhibieren, die Aktio-

näre auffordert, selbst zu erscheinen oder ihm ihre Stimmen zur Verfügung zu stellen. Dieser Versuch eines Aufsichtsratsvorsitzenden, eine im Interesse des Unternehmens gelegene Kapitalserhöhungspolitik zu hintertreiben, ist scharf zu verurteilen. Er wird nur verständlich, wenn man bedenkt, daß nach der Lagerung der Majoritätsverhältnisse eigentlich die Stolberger Zinkhütten den Vorsitz im Aufsichtsrat stellen müßten. Die Minderheitsregierung scheint ihre Konsequenzen daraus zu ziehen und schon vor ihrem — wahrscheinlich zu erwartenden — Sturz die künftige Oppositionsstellung zu stützen. Indessen gibt es heute so wenig Gesellschaften, die bei Erhöhungen ihrer Kapitalien den hohen Kursstand der alten Aktien durch ein Agio bei der Ausgabe ausnutzen, daß der seltene Fall, dieses Agio voll zu beggeben, die wärmste Verteidigung und nicht die Opposition durch den Vorstand finden müßte,

Börse und Geldmarkt.

Der letzte Novembertag hat einen Umschwung am Devisenmarkt gezeitigt, wie er mit gleicher Heftigkeit noch nicht erlebt wurde. Innerhalb 24 Stunden fiel der Dollarkurs von annähernd 280 M. bis herab auf 200 M., um am nächsten Tage, allerdings nur vorübergehend, sogar bis 180 M. zu sinken. Diesem Sturz folgte ein gewisses Anziehen, das aber immerhin am Schluß der Woche, d. h. am 3. Dezember den Dollarkurs nicht über 216 M. steigen ließ. Die Ursache für diese Erschütterungen waren politische Meldungen, die einen starken Optimismus in bezug auf eine Änderung der Reparationsbedingungen nach Plänen des englischen Kabinetts hervorriefen. Nun muß man sich vergegenwärtigen, daß bei dem Tiefstande der Mark eine Höherbewertung in Cents von 0,36 auf etwa 0,55 Cents nicht ganz so belangreich ist, wie es bei der umgekehrten Ausdrucksform, in einer Senkung des Dollarkurses um 100 M. erscheint. Es ist auch außerordentlich zweifelhaft, ob der wirkliche Stand der Reparationsfragen den Stimmungsumschwung rechtfertigte, und ob er sich als ein dauernder erweisen wird. Aber das ist auch gar nicht das wesentliche an der augenblicklichen Erscheinung, das Verheerende unserer Lage ist der Umstand, daß die Mark ein internationales Spielobjekt geworden ist, dessen Bewertung allen Schwankungen der politischen Augenblicksstimmungen unterworfen ist. Wenn der Dollarkurs derartig wilde Schwankungen in Deutschland durchmacht, wie wir sie jetzt erlebt haben, so raubt das allen Geschäften die Kalkulationsgrundlagen, gleichviel ob das Pendel im Augenblick nach oben oder nach unten ausschlägt. Das Ziel all unserer Bemühungen muß, wie immer wieder betont worden ist, auf eine Stabilisierung der Währung gerichtet sein, und daß wir diesem Ziel durch die Vorgänge der letzten Woche näher gekommen sind, wird man kaum behaupten dürfen.

Der Sturz der Devisenkurse hat zunächst einmal die Wirkung gehabt, eine ganze Menge an Devisenmaterial in Deutschland zum Vorschein zu

bringen. Kreisen, die nur noch mit einer Steigerung der Devisen rechneten, wurde bei dem plötzlichen Sturz bange, und sie brachten ihr zurückgehaltenes Material zum Verkauf. Das verschärfte zunächst natürlich die Abwärtsbewegung und es gab jedenfalls den Reichsstellen, die einen Devisenbedarf einzudecken haben, Gelegenheit, das in verhältnismäßig größerem Umfange zu tun, als es in den vorausgegangenen Wochen möglich war. Gleichviel ob der Rückschlag am Devisenmarkt von Dauer sein wird, oder ob er nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird, ist damit zu rechnen, daß er auf das Geschäft in gewisser Beziehung gesundend wirken wird. Denn

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:¹

<p>Sonnabend, 10. Dezember</p>	<p>Bankausweise New York. — G.-V.: Dresdner Bank, Barmcr Creditbank, Donnermarckhütte, Rhein-Nassauisches Bergwerks- und Hütten-A.-G., Wilhelmshütte, Carlshütte A.-G., Eisenerz-A.-G., Norddeutsche Tricotweberei L. Sprick, Niederrheinische A.-G., Lederfabrikation Wickrath, Küppersbusch & Söhne A.-G., Gr.KasselerStraßenbahn, Leipziger Spritfabrik A.-G. — Schluß des Bezugsrechts Germania-Brauerei - A. - G. Dortmund, Bezugsrechts Jlse Bergbau-A.-G., Bezugsrechts Braunschweiger Jute- und Flachsspinnerei und Weberei</p>
<p>Montag, 12. Dezember</p>	<p>G.-V.: Rheinische Gerbstoff- und Farbholz-Extrakt-Fabrik Gebr. Müller, Reichsanleihe-A.-G., Schloßfabrik-A.-G. vorm. Schulte, Sachsenwerk Licht und Kraft. — Schluß des Bezugsrechts H. Schomburg Söhne. Schluß der Umtauschfrist Leipziger Wollkämmerei, Bezugsrechts Kieler Bank, Bezugsrechts Elektrizitätswerk Liegnitz, Schluß des Bezugsrechts Hein, Lehmann & Co.</p>
<p>Dienstag, 13. Dezember</p>	<p>G.-V.: Bergschloßbrauerei Brandt, Flensburgischer Schiffbau, Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-Akt.-Ges., Wenderoth A.-G. für pharmazeutische Artikel, Wintorsche Papierfabriken. — Schluß des Bezugsrechts Linde Eismaschinen, Bezugsrechts Richard Blumenfeld Veltener Ofenfabrik, Bezugsrechts Schlesische Mühlenwerke, Orenstein & Koppel.</p>
<p>Mittwoch, 14. Dezember</p>	<p>Reichsbankausweise. — G.-V.: Neu-Grünwald A.-G. für Grundstücksverwertung, Byk-Guldenwerke, Glückauf A.-G. für Braunkohlenverwertung, Aelteste Vollstedter Porzellanfabrik, Zuckerraffinerie Tangermünde, Meyers Sohn, Stahlwerk Brünninghaus, Automobilfuhrwesen Kandelhardt, Triptis A.-G., Rauchwaren-Zurichterei Walter, Ludwig Hupfeld. — Schluß des Bezugsrechts Kammgarnspinnerei Leipzig, Bezugsrechts Oppelner Portland-Cementfabriken.</p>

¹ Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

Donnerstag, 15. Dezember	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V. Sinalco A.-G., Triumph-Werke Nürnberg, Nordstern Feuer-Versicherung, Gebr. Schöndorff, Har-kortsche Bergwerke und Chemische Fabriken, Crefelder Baumwollspinnerei Ferd. Rückforth Nachf., Berliner Weiß-bierbrauerei Landré, Lauchhammer A.-G., Sächsische Webstuhlfabrik Schönherr. — Schluß der Umtauschfrist Fahrzeugfabrik Eisenach, Bezugsrechts Chemische Fabrik Heyden, Bezugsrecht Markt- und Kühl-hallen.
Freitag, 16. Dezember	G.-V.: Nordhausen-Wernigeroder Eisen-bahn, Deutsche Kunstleder-A.-G., Voigt & Häffner, Westfälische Drahtindustrie, Kammgarnspinnerei Stöhr. — Schluß des Bezugsrechts Reichelbräu, Bezugs-rechts Terra-Film.
Sonabend, 17. Dezember	Bankausweis New York. — G.-V.: Ost-bank für Handel und Gewerbe, Eisen-hüttenwerk Keula, Eisenwerk Gaggenau, Crusauer Kupfer- und Messingwerke, Stettiner Straßen-Eisenbahn, Eisenwerk L. Meyer jr. — Schluß des Bezugs-rechts A.-G. für Beton und Monierbau Bezugsrechts Amme Giesecke & Konegen, Bezugsrechts Leipziger Creditbank. — Schluß des Bezugsrechts Gebhard & Co., Aktienspinnerei Aachen, Spinn & Sohn.
Montag, 19. Dezember	G.-V.: Allgemeine Berliner Omnibus A.-G., Elektrotechnische Fabrik Schorch Max Rheydt, Frankonia A.-G., Bremer Gas- und Elektrizitätswerke, Reiniger, Gebbert & Schall, Adler & Oppenheimer, Brauerei Gebr. Dieterich, Sinner A.-G., Fried. Krupp. — Schluß des Bezugsrechts Mitteldeutsche Creditbank.
Dienstag, 20. Dezember	G.-V.: Dürener Bank, Potsdamer Credit-bank, Rheinische Creditbank, Baye-rische Handelsbank, Peiner Walzwerk, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Akt.-Ges. für Pappfabrikation, Victo-ria - Brauerei Bochum, Deutsche Jurgenswerke A.-G., Berliner Victoria-Mühle, Ver. Glanzstofffabriken, Peniger Maschinenfabrik, Papierfabrik Reisholz, Kunz Treibriemen. — Schluß des Bezugsrechts Deutsche Continental-Gas.
Mittwoch, 21. Dezember	<i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Nord-deutscher Lloyd, Erfurter Elektr. Straßen-bahn, Vereinigte Gothania-Werke, Friedr. Thomée A.-G., Berliner Elektrizitäts-werke, Adlerwerke vorm. Kleyer, Georg Marien Bergwerksverein, Dortmunder Union-Brauerei, Benz Rheinische Auto-mobile, Berliner A.-G. für Eisengießerei (Freund). — Schluß des Bezugsrechts Steingutfabrik Colditz.
	Verlosungen: 10. Dezember: 2% Stadt Antwerpen 100 Fr. (1903), 14. Dezember: 2½% Griech. Nat. Bank 100 Dr. (1904), 15. Dezember: 4% Griech. Stadt Paris 500 Fr. (1865), 3% Egypt. Credit foncier Fr. 250 (1886, 1903, 1911), Kan-ton Freiburg Fr. 20 (1889, 20. De-zember: 5% Congo - Lose 100 Fr. (1888), 3% Stadt Paris 400 Fr. (1910).

werden wohl auch die Verluste, die im Devisen-geschäft schon vor dem Umschlag an vielen Stellen eingetreten sind, ernüchternd wirken. Diese Verluste, die teilweise für Banken und Bankfirmen zu schweren Belastungsproben geworden sind, dürften dazu füh-ren, daß gerade in das Devisengeschäft etwas mehr Vorsicht und Zurückhaltung hineingetragen wird, und daß die Vollmachten, die einzelnen Personen allzu weitherzig auf diesen Betätigungsfelder erteilt worden sind, strenger kontrolliert werden.

Die Effektenbörse vom 1. Dezember stand voll-kommen unter der Einwirkung der Valutabesserung und zeitigte Kursstürze von einem Umfang, wie wir ihn wohl noch nie erlebt haben. Dabei ist aller-dings auch zu berücksichtigen, daß das Kursniveau, das den Ausgang für den Rückschlag bildete, keinen Vergleich mit vorangegangenen Perioden gestattet. Kursstürze von 300 bis 500 und auch 800 % waren an diesem schwarzen Donnerstage der Börse durchaus die Regel. Dabei ist zu bedenken, daß an diesem Tage zwar dem Sturz der Devisen keine Grenzen gezogen zu sein schienen, daß aber auf der anderen Seite die Verkaufsaufträge des Publikums erst in geringem Umfange die Kursbildung beeinflussen konnten. Bei der ständig wechselnden Stimmung, die die politischen Nachrichten erzeugen, ist es deshalb in dem Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, vollkommen unübersichtlich, wie sich die Entwicklung an der Effektenbörse weiter vollziehen wird. Das eine erscheint aber sicher, durch die Kurs-stürze des einen Börsentages werden bereits eine ganze Reihe von Engagements, die auf Krediten beruhen, zwangsweise glattgestellt werden müssen. Die Heftig-keit des Kurssturzes wird weiten Kreisen der speku-lierenden Angestelltenschaft und des spekulierenden Publikums endlich wieder einmal die Binsenwahrheit zu Gemüte führen, daß die Börsenspekulation nicht ein Unternehmen ist, bei dem man regelmäßig mühe-los Gewinne einstreicht, sondern ein Unternehmen, bei dem auch sehr schwere Verluste eintreten können. Wenn auf diese Weise eine gewisse Bereinigung des Börsengeschäftes eintritt, so kann dies der Entwicklung nur von Nutzen sein. Denn darüber muß man sich ja klar sein, daß, wenn einmal wirklich der Zeitpunkt gekommen ist, in dem eine Gesundung der deutschen Währung aktuell wird, dann der Krach, der dem Gesundungsprozeß der Wirtschaft vorangehen muß, um so heftiger werden wird, je stärker und ungesünder sich die vorausgegangene Aufblähung entwickelt hat.

Wenn die Krise vom Anfang Dezember, was nicht unwahrscheinlich erscheint, nur ein Zwischenspiel und noch nicht der Anfang eines dauernden Um-schwunges der Lage darstellt, so könnte sie der deutschen Wirtschaft Segen bringen, wenn aus dieser Erfahrung die notwendigen Lehren gezogen werden. Diese Lehren verlangen nüchterne Besinnung auch in Zeiten der fortschreitenden Geldentwertung, An-sammlung von Rücklagen für den Augenblick der Krise, die nicht ausbleiben kann. Die Zahl der Firmen, besonders im Bankgewerbe, die schon bei diesem ersten Stoß ins Wanken geraten sind, ist nicht ganz klein. Den meisten wird es wohl diesmal noch gelingen, eine Stütze zu finden, aber auf die Dauer wird Widerstandskraft nur dann erhalten bleiben, wenn man rechtzeitig den Umfang des Geschäftes dem Maß der vorhandenen Reserven anpaßt.

Justus.

es wird die Spekulation auf jeden Fall etwas zügel-n, daß man wieder einmal die Erfahrung gemacht hat, wie leicht, wie plötzlich und wie heftig sich die Be-wegung wenden kann. Neben dieser Erfahrung

Warenmarktpreise im November 1921.

	1.	8.	15.	22.	29.	
Mais Chicago	46 ¹ / ₈	46 ³ / ₄	46 ³ / ₄	49 ³ / ₈	47 ¹ / ₈	cts. per bushel
Kupfer, standard London	66 ¹ / ₄	66 ¹ / ₄	66 ³ / ₄	66 ³ / ₈	67 ¹ / ₂	£ per ton
Kupfer, electrolyt London	74	74	75	75 ¹ / ₂	76 ¹ / ₂	£ per ton
Zink London	26 ³ / ₈	25 ¹⁵ / ₁₆	27 ³ / ₈	26 ³ / ₁₆	26 ³ / ₈	£ per ton
Zinn London	155 ⁵ / ₈	158 ⁵ / ₈	157 ³ / ₈	161 ⁵ / ₈	163 ¹ / ₂	£ per ton
Blei London	23 ¹¹ / ₁₆	23 ⁹ / ₁₆	24 ¹ / ₈	24 ¹ / ₂	25 ⁵ / ₈	£ per ton
Aluminium London	120	120	125	125	125	£ per ton
Quecksilber London	10	10	10	10 ¹ / ₄	10 ¹ / ₂	£ per Flasche
Weissblech London	21/9	21/6	21/9	21/9	21/3	sh/d per ton
Silber London	41 ¹ / ₈	39 ³ / ₈	38 ³ / ₈	38	37 ¹ / ₂	d per Unze
Schmalz Chicago	9,55 ¹ / ₂	8,67 ¹ / ₂	8,35	8,50	8,52	Doll. per 100 Pfd.
Kaffee Rio Nr. 1 New York	8 ¹⁵ / ₁₆	—	8 ⁵ / ₈	8 ¹³ / ₁₆	9 ¹ / ₁₆	cts. per Pfd.
Baumwolle loco New York	18 ³ / ₄	—	17,05	18,40	17,90	cts. per Pfd.
Baumwolle loco Liverpool	11,97	11,60	10,62	11,05	10,86	d per Pfd.
Petroleum stand. white New York	15	15	15	15	15	cts. per Gallone

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Lebenssieger. Ein Führer zur Höhe für kaufmännische Kreise. Von Victor. III. Auflage. Berlin 1921. Organisation Verlagsgesellschaft m. b. H. Preis 11,— M.

Der Eroberer. — Wehe dem Besiegten. — Vorbilder. — Das innere Gleichgewicht — Gedanken I. — Konzentration. — Der Segen des Schweigens. — Im ersten Treffen. — Nütze die Zeit. — Trübe Tage. — Zu spät. — Durch. — Das Aeußere. — Gedanken II. — Hammer oder Amboß. — Lebenskunst. — Höher hinauf. — Celd und Glück. — Das Dreigestirn. — Mit offenem Auge. — Nur nicht bequem werden. — Gereimte Gedanken. — Der Glaube kann Berge versetzen. — Der grüne Rasen. — Wer da hat, dem wird gegeben. — Der Charakter. — Das Geheimnis der Distanz. — Macht. — Ich will — Amerikanische Sprüche. — Die Wurzel des Selbstvertrauens. — Der echte Mann. — Vergessen können. — Die stumme Kraft. — Abschließende Gedanken.

Die Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920. Erläutert von Rudolf Huber, Ministerialdirigent, Geheimer Oberjustizrat im preußischen Justizministerium. Mannheim, Sammlung deutscher Gesetze, Band 71. Berlin, Leipzig 1921. J. Bensheimer. Preis 15,— M.

Der Staat. — Die Staatsgewalt. — Der Landtag. — Der Staatsrat. — Das Staatsministerium. — Die Gesetzgebung. — Das Finanzwesen. — Die Selbstverwaltung. — Die Religionsgesellschaften. — Die Staatsbeamten. — Landeswahlgesetz vom 3. Dezember 1920. — Gesetz über die Wahlen zum Staatsrate vom 16. Dezember 1920. — Allgemeine Verfügung des Justizministers betr. die Uebernahme öffentlicher Ehrenämter durch Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates und der Körperschaften des öffentlichen Rechtes vom 11. Dezember 1920

Fabrikation und Verkauf. Neue Wege zur Förderung der Produktion und Hebung des Absatzes. Von Dr. Kurt Th. Friedländer. Heft 7 der Orgaschriften. Berlin 1921. Organisations-Verlagsges. m. b. H. Preis 13,20 M.

Einführung in die Soziologie. Von Univ.-Prof. Dr. Ludwig Stein, Herausgeber des Archivs für Philosophie. Band 25 der Philosophischen Reihe. Herausgegeben von Dr. Alfred Werner. München 1921. Rösl & Cie. Preis 35,— M.

Wesen der Soziologie. — Soziale Statik und soziale Dynamik. — Gibt es soziale Gesetze. — Gesellschaftliche Vorläufer der organischen Methode. — Soziale Rythmen. — Die historisch-genetische Methode. — Naturwissenschaft und Geschichtswissenschaft. — Die vergleichend geschichtliche Methode. — Soziologie als Psychologie der Gesellschaft. — Das soziale Sollen. — Die Urfamilie und ihre Entwicklung. — Der Ursprung des Eigentums in seinen psychischen Momenten. — Die historischen Entwicklungsphasen der Eigentumsformen. — Die Anfänge der technischen Kultur. — Die Anfänge der intellektuellen Kultur. — Schriftsprache und Zahlensystem. — Wissenschaft und Kunst. — Entwicklungsformen des Rechts. — Soziologie der Religion. — Soziologie der Rasse. — Soziologie der Idealbildung. — Soziologie des Klassenkampfes. — Soziologie der Nationalidee. — Soziologie der Humanität. — Das Wesen der Humanität. — Gegensatz von Gesellschaft und Staat. — Soziologie der Geschichte. — Soziologie der Solidarität. — Soziologie des Egoismus. — Soziologie der Freiheit. — Soziologie des Staates. — Ist der Staat eine Maschine? — Ist der Staat ein Organismus? — Der Staat, eine Organprojektion. — Soziologie der Autorität. — Offenbarungsformen der Autorität. — Wesen der Autorität. — Soziologische Grenzen der Autorität. — Autorität und Völkerbund.

Wir machen unsere Leser aufmerksam auf die in dieser Nummer befindlichen Prospekte:

1. der Firma Soennecken, betr. **Kalender 1922;**
2. des Verlags G. A. Gloeckner, Leipzig, betr. „**Betriebs- und Finanzwirtschaftliche Forschungen**“ von Dr. F. Schmidt.